

Bezugspreis:
Bertelshagen, 30. - 31. monat 10. - 21.
ten ins Dana, verans zahlbar.
Wochens 10. - 21. - 21.
Kriegsgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 10. 0 10.
für das übrige Ausland bei halbjährlich
einmal. Ausland 21. 50 21.
Bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Estland, Litauen, Schweden
und die Schweiz. - Einlagen in
die Verbands-Zentralbl.

Der "Vorwärts" mit der Sonntags-
beilage "Welt u. Zeit" erscheint wochen-
weise zweimal. Sonntags und Montags
einmal.

Telegramm-Adresse:
"Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Mariaplan, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 13. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Mariaplan, Nr. 11753-54.

Der Kampf um die Kohle.

Spa, 12. Juli. (W.L.B.) Die heutige Sitzung der
Chefs der auf der Konferenz vertretenen Regierungen trat
um 1/4 Uhr im La Freineuse zusammen. Die endgültige
Entscheidung in der Kohlenfrage wurde auf morgen
vertagt. In der Reparationsfrage wurde die Einsetzung
einer Gemischten Kommission beschlossen, die
morgen vormittag 11 Uhr zum erstenmal zusammentritt.
Die deutsche Delegation machte dann noch den Vorschlag, eine
weitere Kommission für die Ernährungsfrage einzusetzen.
Die Sitzung wurde darauf auf Dienstag nach-
mittag 1/4 Uhr vertagt.

V. S. Spa, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht des "Vorwärts".)
Als heute vormittag der Reichskanzler Fehrenbach mit Reichs-
minister Simons zu der vereinbarten Zeit in der Villa La Freineuse
eintrafen, wurde ihnen vom Sekretär der Konferenz mitgeteilt, daß
die Alliierten leider noch nicht zu einer Entscheidung ge-
langt seien. Man biete um Entschuldigung und möchte die Konferenz
erst um 1/2 Uhr zusammentreten lassen. Im Laufe des Nachmittags
wurden jedoch die deutschen Delegierten schon um 1/4 Uhr zu einer
Konferenz der Chefs der Delegationen gebeten. An dieser nahmen
teil: Delacroix, Millerand, Marsal, Lloyd George,
der inzwischen von seiner mehr oder minder diplomatischen Kran-
keit des vorigen Tages wiederhergestellt war, Lord Churchill,
Sforza und Bertolini, sowie der Japaner Graf Gihwa.
Deutscherseits beteiligten sich daran: Der Reichskanzler Fehren-
bach, Reichsminister Simons, Ministerialdirektor v. Simons
und Regaldirakt Reinhardt.

Lloyd George sollte zu Beginn mit, daß sich die Alliierten
in der Kohlenfrage die Sache nach einmal überlegt hätten und
verhältnismäßig während sechs Monaten nur zwei Millionen
Tonnen von Deutschland geliefert haben wollten. Es würde aber
grundsätzlich bei den 2 1/2 Millionen Tonnen sein Bewenden haben.
Reichsminister erklärte darauf, daß er dieses Verlangen für zu hoch
halte, daß er aber, um keine leichtfertige Entscheidung zu treffen,
erst vorher eine Besprechung mit den deutschen Kohlenfachverständli-
gen führen möchte. Er bemerkte weiter, daß die Lebensmittel-
belieferung der deutschen Bergarbeiterzentren zurzeit sehr
schlecht sei, daß daher auch die Stimmung unter der Bergarbeiter-
schaft eine ziemlich schlechte sei und eher an einen Rückgang als an
eine Steigerung der Produktion unter diesen Umständen zu
denken sei.

In der Besprechung der deutschen Kohlenfachverständigen kam
man zu dem Ergebnis, daß man es vielleicht bei besonders guter
Lebensmittelbelieferung zu einer Ertrags von 1,4 Millionen
Tonnen pro Monat bringen könne und daher im Laufe einer
größeren Reihe von Monaten oder gar von Jahren vielleicht eine
Gesamtertrags von 1,7-1,8 Millionen Tonnen erreichen könnte.

Dies wurde vom Reichsminister Simons der Konferenz mit-
geteilt. Minister Simons fügte ausdrücklich hinzu, daß die Berg-
arbeiter nicht für die Alliierten Überprüfungen machen würden, wenn
es infolge eines Kohlenmangels zu einer größeren Arbeitslosigkeit
im Deutschen Reich kommen würde. Weiterhin sei die Stim-
mung in den Bergarbeiterkreisen des Ruhr-
reviers nicht eine solche, daß die Bergarbeiterschaft einer
Bourgeois-Regierung zuliebe oder auf Grund eines diplomatischen
Abkommens größere Arbeitsfreudigkeit zeigen würde. Es müßte
daher sehr vorsichtig auf die Psychologie der Bergarbeiterschaft
eingewirkt werden. (Es sei hier von meiner Seite bemerkt, daß die
Arbeitsnehmervertreter Düe, Pieper und Juchacz heute nachmittag
abgereist sind und an dieser Besprechung nicht mehr teilnahmen.)
Minister Simons teilte diese Tatsache mit und bemerkte, daß er
und seine Kollegen abgereist seien, um den Organisationsbericht
zu erstatten sowie Vorbereitungen zu dem Internationalen Berg-
arbeiterkongreß in Genf Ende Juli abzuhalten.

Daraufhin zogen sich die Alliierten zurück und es fand eine
anherberührende lange interne Besprechung statt. Bei der Wieder-
aufnahme der Sitzung teilten die Alliierten mit, daß es bei einer
grundsätzlichen Festsetzung von 2 1/2 Millionen Tonnen sein Bewenden
habe; würden dies die Deutschen nicht annehmen, dann bliebe die
Ziffer des Friedensvertrags in Kraft bzw. die bereits
verminderte Ziffer der Wiedergutmachungskommission. Die Al-
liierten legten den Deutschen sehr dringend nahe, den Alliierten
Vorschlag anzunehmen, besonders Lloyd George versuchte, auf
die Deutschen einzuwirken, indem er auf seine unparteiische Stellung
in dieser Frage hinwies. Minister Simons erklärte, daß Deutsch-
land ein großes Interesse an der Fixierung einer Zahl der Liefe-
rung habe, weil diese für die Regulierung des gesamten Wirtschaft-
lebens notwendig sei. Er versprach sein Möglichstes zu tun, um dem
Wunsche der Alliierten entgegenzukommen, die Antwort würde nach
einer erneuten Beratung mit den deutschen Sachverständigen und
Interessierten morgen um 1/4 Uhr erteilt werden.

Daraufhin wurde das Thema "Wiedergutmachungen"
besprochen. Die Alliierten unterbreiteten ihren Vorschlag, den ge-
samten Komplex dieser Frage durch eine gemischte Kom-
mission studieren zu lassen, bestehend aus Entente-seite aus Mit-
gliedern des Wiedergutmachungsausschusses, Finanzsachverständigen,
den beiden Sachverständigen Laurent und Lord Robertson, auf deut-
scher Seite aus denjenigen Herren, die Deutschland bestimmen
würde. Letzterer behält Deutschland völlig frei. Dieser Vorschlag

wird deutscherseits als günstig bezeichnet. Die deutschen Mit-
glieder der Kommission werden heute abend in einer Besprechung
beim Reichskanzler Fehrenbach bestimmt. In der gemischten Kom-
mission werden nicht die leitenden Staatsmänner, sondern nur
einzelne Finanzminister sitzen, deutscherseits also Wirth, nicht
Simons. Die Kommission tritt Dienstag 11 Uhr zusammen. Sie
wird zuerst wohl nur ihre Geschäftsordnung festsetzen. Um 1/4 Uhr
erfolgt unsere endgültige Antwort in der Kohlen-
frage. Zu diesem Zweck findet Dienstag vormittag eine Sitzung
der Kohlenfachverständigen Deutschlands, Englands, Frankreichs
und Belgians statt, in der nach versucht wird, eine Einigungsbasis
zu finden.

Die Antwort der Ententesachverständigen.

Spa, 12. Juli. Der Bericht der Sachverständigen
der Alliierten in der Kohlenfrage lautet:

Die Sachverständigen der Alliierten sind der Ansicht, daß die von
der deutschen Delegation vorgelegten Ziffern nicht derartig
sind, daß sie irgendeine Aenderung in den Dispositionen
des am 9. Juli mitgeteilten Protokolls rechtfertigen würden.

Drei Kommissionen.

Spa, 12. Juli. „Dena“ meldet: In der heutigen Nachmit-
tagssitzung kam man darin überein, drei Kommissionen
einzusetzen, und zwar je eine für die allgemeinen Wirt-
schaftsfragen, für Kohle und für Lebensmittel.
Diese Kommissionen werden morgen in Abwesenheit Millerands,
die eine Untersuchung der Konferenz bedeutet, ihre Beratun-
gen unter dem Vorsitz des belgischen Ministers Japper auf-
nehmen. Diese dürfen sich bis Donnerstag hinziehen,
so daß die gesamte Konferenz kaum vor Sonnabend be-
endet sein wird.

Noch kein Konferenzschluß.

Spa, 12. Juli. (Kobas.) Es herrscht die Befürchtung, daß
die Arbeiten der Konferenz am Montag abend nicht abgeschlossen
werden können. Nach Schluß der Sitzung des Obersten Rates
von heute vormittag erklärte Millerand den Journalisten,
daß seine Abreise, die zuerst auf Sonntag abend angesetzt war,
verschoben worden sei. Die Konferenz werde ihre Arbeiten
fortsetzen. (Es ist bereits für Dienstag eine neue Sitzung
anberaumt. Red. d. B.)

Paris, 12. Juli. Wie der Temps-Korrespondent aus Spa
berichtet, soll bei der heutigen Beratung der alliierte Vertreter
Lloyd George lebhafte darauf bestanden haben, daß man die
Aufgabe bis zu Ende durchführe. Unter diesen Umständen
werde die Konferenz vielleicht noch die ganze Woche dauern.
Einige Blätter sprechen von zweitägiger Unterbrechung
der Verhandlungen, um die deutschen Vorschläge in der Zwischen-
zeit im Wiedergutmachungsausschuss prüfen zu lassen.

Die Kontrolle der Kohlenlieferungen.

Spa, 12. Juli. In dem Protokoll über die Kohlenfor-
derungen der Alliierten vom 9. Juli war vorgesehen,
daß eine interalliierte Kommission die deutsche
Kohlenförderung und -verteilung zu kontrollieren habe. Nach den
Einwendungen der deutschen Delegation haben nun die Alliierten
Abänderungen dieser Bestimmungen zugestanden, jedoch die
fraglichen Paragraphen des Protokolls folgenden Wortlaut haben:

§ 3: Eine Aenderung des genannten Programms, welche
einen Rückgang der Kohlenlieferungen an die
Alliierten mit sich bringen könnte, kann nur in Kraft treten mit
vorheriger Erlaubnis der Delegation der Repara-
tionskommission in Berlin.

§ 4: Die Reparationskommission, der die deutsche
Regierung in bestimmten Zwischenräumen die
Rechenschaft ablegen müssen über die Ausführungen der
für die Lieferungen gegebenen Befehle durch die
zuständigen Behörden, wird den interessierten Mächten jeden Ver-
such gegen die oben angenommenen Vorschläge mitteilen und alle
Ergänzungsmassnahmen vorschlagen, die sie für notwendig halten
sollte, um die Lieferungen sicherzustellen.

Demnach wäre die Delegation der Wiedergutmachungskom-
mission nicht berechtigt, in die Verteilung der Kohle inner-
halb Deutschlands eingzugreifen, sondern hätte ihre Kon-
trollbefugnisse nur soweit auszuüben, als die Ententeslieferungen
selbst in Frage kommen, und zwar auf Grund der von den
deutschen Behörden erstatteten Berichte.

Millerands Zufriedenheit.

Frankfurt, 12. Juli. Dem Korrespondenten des „Ergellor“
gegenüber äußerte Millerand laut „Frankf. Bg.“ folgendes:
Ich bin sehr befriedigt über die Fortschritte der Konferenz und vor
allem über die Beziehungen der Alliierten untereinander, besonders
zwischen Frankreich und England. Die Alliierten müssen aber auf
geben, daß ihre Haltung auch eine einzige und entschlossene bleibt.
Sie sind nicht gewillt, eine Politik der Bedrückung gegen Deutsch-
land zu machen. Sie haben nicht anderes zu tun, als auf diesem
Wege, den sie einmal eingeschlagen haben, zu verharren, ohne zu
Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland zu schreiten, solange es nicht
notwendig wird.

Der Abstimmungssieg im Osten.

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen ist derartig
überwältigend günstig für Deutschland ausgefallen, daß man
fragen muß: Warum hat überhaupt eine Ab-
stimmung stattgefunden? Wäre in Posen oder
auch nur in Berlin eine Abstimmung zwischen Deutschland
und Polen vorgenommen worden, so wäre sie wahrscheinlich
günstiger für Polen ausgefallen, als im Kreise
Johannesburg, wo auf 34 000 deutsche 14 polnische, oder in
Dielko, wo auf 27 000 deutsche 2 polnische Stimmen ent-
fielen. Man hat ein Land über seine Staatszugehörigkeit
entscheiden lassen, in dem der Wille der Bevölkerung für den
Kandidaten gar nicht zweifelhaft sein konnte.

Für den Kandidaten! Indem der Hohe Rat der Entente
trotzdem hier eine Volksabstimmung für angebracht hielt, hat
er in ungewollter Weise der Welt die fabelhafte Sach-
kenntnis der Männer enthüllt, die in Versailles über
die Geschichte von unzähligen Menschen im Osten entschieden
haben. In der Tat muß man sich fragen: Welche Vor-
stellung, welche Kenntnis von den Zuständen der
östlichen Gegenden haben wohl die Leute gehabt, die das un-
gemein kostspielige Verfahren einer Volksabstimmung Land-
strichen auferlegten, in denen noch nicht zwei Prozent
der Bevölkerung eine Aenderung ihrer staatlichen Zugehörig-
keit wünschten? Dazu mußten Hunderttausende zu
Schiff und Eisenbahn viele hundert Kilometer weit in Be-
wegung gesetzt werden, um ein Resultat zu erhalten, an dem
von vornherein für den Sachkundigen nicht der mindeste
Zweifel bestehen konnte.

Die Staatsmänner der Entente werden jetzt wohl selber
mit einigem Unmut konstatieren, daß sie sich von ein paar
polnischen Chauvinisten furchtbar haben heranziehen und vor
der Welt klammern lassen. Das Abstimmungsergebnis dürfte
auch nicht im entferntesten dem entsprechen, was die pol-
nischen Abgeordneten Clemenceau und Lloyd George über den
Willen der masurenischen Bevölkerung erzählt
haben. Man hat die Ententeschäpfer damit geblendet, daß
die Masuren eine eigene Sprache haben. Aber auch bei den
Bretonen in Frankreich, den Wallonen in England hat sich
eine feltische Ursprache erhalten, die von dem Französischen
und Englischen sehr verschieden ist. Trotzdem halten diese
Provinzen treu zu Frankreich bzw. England wie nur irgend-
wo.

Für die Entente hat die Abstimmung im Osten aber die
weitere Folge, daß die sogenannte moralische Grundlage des
Versailles-Vertrages, soweit man von einer solchen überhaupt
reden kann, vor der ganzen zivilisierten Welt ins Wasser
gerät. Jetzt muß sich überall die Frage erheben: Haben die
Männer, die hier mit so geringer Sachkenntnis in die Ge-
schichte der Völker eingriffen, ihre sonstigen Entschlei-
dungen mit größerer Sachkenntnis gefällt? Und schon das Beispiel Ostpreußens wird hinreichen, diese
Frage zu verneinen.

Eine weitere Betrachtung drängt sich auf: Hat man hier
Volksabstimmung angeordnet, wo sie überflüssig war, so
hat man sie am Ende dort unterlassen, wo sie not-
wendig und wichtig gewesen wäre. In der Tat ent-
hält das Versailles-Instrument vom Standpunkt der Moral
einen Widerspruch in sich, indem es die Volksabstimmung
für einige Gebiete zuließ, andere dagegen ohne jede Be-
fragung der Bevölkerung von Deutschland abtrennen
und an die umliegenden Staaten vergab. Wer das
Prinzip der Volksabstimmung anerkennt, aber nur nach Will-
kür zur Anwendung bringt — dort, wo er Nutzen erhofft,
nicht, wo er eine Schädigung seiner Interessen befürchtet —,
setzt sich damit ohne weiteres moralisch ins Unrecht. Eine
gewisse Entschuldigung könnte er nur in der Behauptung
finden, daß die Volksabstimmung nur für national
zweifelhafte Gebiete notwendig sei, daß dagegen Gebie-
te ohne Volksentscheid abgetrennt werden dürften,
deren Willen, zu einem anderen Staat zu kommen, auf der
Hand liege.

Nun aber zeigt sich, daß die Urheber des Friedens von
Versailles die Volksabstimmung für unzweifelhafte Gebiete
definiert haben, allerdings für Gebiete, die nicht unzweifel-
haft ihre Staatszugehörigkeit wechseln, sondern die un-
zweifelhaft bei Deutschland verbleiben wollten. Und daraus
folgt, daß es die wirklich zweifelhaften Gebie-
te waren, die man ohne jede Volksbefra-
gung den Polen überlieferte.

Daß die Volksabstimmung in dem ost- und westpreußi-
schen Abstimmungsgebiet überflüssig war, ist der schlagende
Beweis dafür, daß die Unterlassung der Volksabstimmung in
ohne weiteres abgetretenen Gegenden Westpreußens und
Pomens ein Akt der Gewalt, der brutalen Will-
kür war.

Wir leugnen keinen Augenblick, daß in gewissen Teilen
des abgetretenen Gebietes die Polen bei einer Abstimmung
wahrscheinlich die Oberhand gewinnen würden. Aber ebenso
bestimmt behaupten wir, daß es auch dort nicht zu unter-
schätzenden Gebietsanteilen gibt, deren Bevölkerung genau so
geschlossen und überwältigend für Deutsch-



Land gestimmt hätte, wie die von Masuren und Ermeland. Auf Grund des dortigen Resultats bei einer grobteilweis nicht deutschsprechenden Bevölkerung liegt klar zutage, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den bedingungslos abgetretenen Gebieten verewaltigt worden ist, im guten Glauben vielleicht, aber jedenfalls von denen, die über den Volkswillen der deutsch-polnischen Grenzgebiete nicht im mindesten bzw. absichtlich falsch unterrichtet waren.

Hiergegen zu protestieren ist Pflicht des Sozialisten, nicht nur des deutschen Sozialisten, sondern jedes Sozialisten der Welt überhaupt. Wir verlangen nicht, daß uns diese Gebiete bedingungslos zurückgestellt werden, aber wir dürfen fordern, daß in ihnen durch Volksentscheid festgelegt werde, ob die Verfallener Grenzziehung dem Willen der Bevölkerung entspricht. Denn das ist keine Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wenn man dort abstimmt, wo gar nichts abgestimmt ist, dort aber die Abstimmung unterläßt, wo sie wirklich notwendig gewesen wäre!

Vielleicht haben sich auch die Verfasser des Verfallener Diktates mit der Abstimmung in Ostpreußen ein moralisches Knieelchen umhängen wollen, indem sie der Welt sagten: Seht doch, wir lassen abstimmen, wir sind also keine Annerkennung, sondern demokratische Pazifisten. Aber das Abstimmungsresultat erschließt jetzt die Heuchelei des ganzen Verfahrens: Ebenso gut wie in Ostpreußen hätte die Entente zum Beweis internationalen Gerechtigkeitsgefühls auch die Provinz Sachsen oder Brandenburg über ihre Zugehörigkeit zu Deutschland abstimmen lassen können! Dies Verfahren diente nur dazu, die Tatsache zu verdecken, daß gerade über die Gebiete ganz in imperialistisch-absolutistischer Weise nach dem Muster des Wiener Kongresses von obenher verfügt worden ist, wo nach den Grundgesetzen internationaler Gerechtigkeits wirklich hätte abgestimmt werden müssen.

Wenn die internationale Sozialdemokratie Reibkion des Friedendiktats von Versailles fordert, so muß sie in erster Linie auch dafür eintreten, daß die Abstimmung dort nachgeholt wird, wo sie ohne jeden Rechtsgrund unterblieb.

### Das amtliche Abstimmungsergebnis.

Berlin, 12. Juli. Nach dem amtlichen Ergebnis wurden in Ostpreußen für Deutschland 96 888 Stimmen abgegeben, für Polen 777, zusammen 104 866 Stimmen. Für Deutschland stimmten 92,4 Proz., für Polen 7,6 Proz.

### Reinergebnisse der Abstimmung.

Berlin, 12. Juli. Die Preussische Staatsregierung hat folgende Ausdeutung an den Oberpräsidenten von Königsberg, den Staatskommissar Kreibitz von Gatz-Merstein und den Staatskommissar Graf Daudiffin-Marienburg erlassen: „Den Mitbürgern in dem ostpreussischen und westpreussischen Abstimmungsgebiet und besonders noch denen in Ermeland und Masurien, die ihrer Treue zum preussischen und deutschen Vaterlande einen so überwältigenden Ausdruck verliehen haben, sagt die Preussische Staatsregierung ihren warmsten Dank. Wir wußten, daß die Bewohner des Landes, das dem ganzen Staate den Namen gegeben hat, die letzten sein würden, die Preußen im Stiche lassen.“

Preussisches Staatsministerium.

Berlin, 12. Juli. Der Reichskanzler sandte aus Spa nachstehendes Telegramm an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen:

Das Ergebnis der Abstimmung in Ost- und Westpreußen ist ein heller Lichtblick in schwerer, erster Zeit. Deutsche Treue konnte sich in diesen Tagen nicht schöner und überzeugender erweisen. Ich bitte Sie, der Bevölkerung der preussischen Ostmark, die in so erhebender Weise für das alte Vaterland Zeugnis abgelegt hat, den allerherzlichsten Dank der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen. gez. Behrensba.

Der Reichspräsident Ebert hat an den Deutschen Schulbund, an den deutschen Bevollmächtigten Graf Daudiffin und

an den Reichs- und Staatskommissar Frh. von Seyl Abreffen gesandt, in denen er ihnen und allen Bewohnern der Abstimmungsgebiete seinen Dank für ihre Mitwirkung bei der Volksabstimmung ausdrückt.



Polnische Mehrheiten.

Wie zu erwarten war, haben in einzelnen Teilen Ostpreußens des Abstimmungsgebietes die Polen eine Mehrheit erringen können. Das ist im Hinblick auf das erfreuliche Ergebnis, das das Gesamtergebnis gewährt, insofern beklagenswert, weil der Friedensvertrag formal die Deutung zuläßt, daß diese Ostpreußen an Polen fallen. Doch können diese Teilergebnisse die Tatsache, daß der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung sich für Deutschland entschieden hat, nicht verdunkeln. V. R. melden hierzu:

Was die polnischen Mehrheiten anbelangt, so haben in dem Grenzbezirk die Kreise Osterode, Dirschau, Groß-Len, Groß-Lemalde und Rappern eine polnische Mehrheit erzielt. Die Dörfer liegen hart an der Grenze und müssen daher als fast gefährdet gelten. Im Kreise Reidenburg haben nur Turau-Rirche und Turau-Ort eine polnische Mehrheit aufzuweisen, dagegen ist Turau in seiner Mehrheit deutsch. Im Landkreis Allenstein sind drei Dörfer mit polnischer Mehrheit aus der Abstimmung hervorgegangen, und zwar Groß-Leschno, Benitten und Schilling. Diese drei Dörfer können aber das Abstimmungsergebnis in keiner Weise beeinflussen. Im Landkreis Allenstein sind 20 444 deutsche und 4223 polnische Stimmen abgegeben worden. Mit diesen für die Polen so kümmerlichen Ergebnis vergleiche man die Agitation, die sie seinerzeit in Paris entfaltet haben. Gerade der Landkreis Allenstein wurde von den Polen immer als durchaus polnisch in Anspruch genommen. In einzelnen gefährdeten Ortschaften, z. B. in Diertischwalde, ist die Zahl der deutschen Stimmen doppelt so groß wie der polnischen.

In Westpreußen hat der Kreis Stuhm, der als überaus gefährdet galt, nur 4919 polnische gegen 16 998 deutsche Stimmen aufzuweisen. Auch die Stadt Stuhm hat überwiegend deutsch gestimmt; und zwar wurden 2675 deutsche und 740 polnische Stimmen abgegeben.

An auswärtigen Abstimmungsberechtigten sind im ganzen 155 000 in die Abstimmungsgebiete befördert worden.

## Polens Bedrängnis.

Neue Alarmnachrichten.

Spa, 12. Juli. (Havas-Neuer.) Heute vormittag sind in den Kreisen der Konfrenz neue beunruhigende Nachrichten über die militärische Lage in Polen eingetroffen. Es sind Besprechungen über diese Frage zwischen den alliierten Vertretern anberaumt worden.

Keine Beschönigungsversuche helfen mehr über die Tatsache hinweg, daß Polen eine vernichtende Niederlage erlitten hat, deren Umfang sich zur Stunde auch nicht annähernd übersehen läßt. Nachdem die Sowjettruppen die gesamte russische Front ins Wanken gebracht haben, melden auch die litauischen Truppen Erfolge in der Richtung auf Wilna. Minsk soll geräumt werden und ist vielleicht schon von den roten Truppen besetzt. Der polnische Heeresbericht gibt zu, daß die polnischen Truppen unter heftigen Kämpfen von der Brestfront zurückgewichen sind, Smolewiz und Sarny aufgegeben haben. Auch in Podolien gehen die Polen weiter zurück. Inzwischen wird unter General Paker eine Freiwilligenarmee gesammelt, von der aber heute schon sicher ist, daß sie dem ungeheuren Ansturm der Bolschewisten auf die Dower nicht gewachsen sein kann, wenn ihr nicht von den Alliierten Hilfe wird.

Der polnische Ministerpräsident Grabski ist nach Spa gegangen, um diese bei Polens Freunden zu erwirken. Sichere Zusagen sind ihm offenbar bis jetzt nicht gemacht worden, man läßt es vielmehr bei der Ankündigung der „moralischen“ Unterstützung (Moral ist hier gleich Kriegsgeld) bewenden. Im übrigen haben die Alliierten an Sowjetrußland das Erlaßten gerichtet, es möge mit Polen einen Waffenstillstand abschließen unter der Voraussetzung, daß sich die Polen hinter ihre rechtmäßigen Grenzen zurückziehen; andernfalls wird mit der vollen Unterstützung Polens durch die alliierten Mächte gedroht. Dem Waffenstillstand sollten sich Verhandlungen über das Schicksal der Randstaaten anreihen, für die Polen jetzt das Recht der Selbstbestimmung anerkannt.

Inausgesetzt laufen Meldungen ein, die von einer Friedensebereitschaft Rußlands berichten. Sie sind jedoch mit Vorsicht aufzunehmen, obwohl Krassin erst kürzlich eine Verständigungsmöglichkeit mit England gesucht hat. Inzwischen waren aber die Erfolge der Bolschewisten zu groß, als daß sie sich ohne sichere Bürgschaften für einen ihnen günstigen Frieden in ihrem Siegeslauf aufhalten lassen könnten. Sowjetrußland will in Polen das imperialistische Frankreich treffen, das an dem Friedensschluß mit Rußland bisher deswegen kein Interesse hatte, weil es glaubte, nach einer Niederlage der Bolschewisten wieder in den Besitz seiner Guthaben in Rußland zu kommen. Im Angesicht des Sieges wick sich Lenin schwerlich damit abfinden, daß man einen Frieden schließt, der Rußland um die Erfolge seiner Waffen bringt und die Entscheidung die jetzt unmittelbar bevorzuehen scheint, hinauschiebt auf ein Versailles, St. Germain oder Spa.

## Zusammenstöße in Antwerpen.

Spa, 12. Juli. Anlässlich des Goldenen Sporentages war gestern, Sonntag, die gesamte Polizei in Antwerpen mobilgemacht. Die Manifestanten ritten sich im Bürgerhaus zusammen. Nachmittags um 12<sup>1/2</sup> Uhr gelang es einem Zug von 800 bis 400 Mann, mit Fahnen in die Stadt einzubringen. Die Polizei griff ein und feuerte blinde Schüsse ab, wodurch die Manifestanten zerstreut wurden. Sie rotteten sich aber wieder zusammen und machten einen Vorstoß auf das Rathaus, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, die mit dem Säbel eintrieb. Darauf wurde aus der Menge gefeuert; die Polizei erwiderte das Feuer und gestreute die Manifestanten. Es wurden einige zwanzig Verhaftungen vorgenommen. Drei Polizeibeamte und mehrere Manifestanten wurden verletzt.

Umformung der Sicherheitswehr. Morgen, Mittwoch, werden sämtliche Oberpräsidenten und Leiter der Sicherheitspolizei bei dem Minister Severing zu einer Besprechung über die Umformung der Sicherheitswehr zusammengetreten.

## Nach Ostland wollen wir reiten ..

Von Jakob Klimateer.

Allenstein, am 10. Juli.

Es ist wie im August 1914: Mobilmachung. Endlose Eisenbahnzüge, beladen bis zum Dach. Die Wagen bekränzt und mit Kreide beschriftet. Aber drinnen Männer, Frauen, Kinder, Greise. Hier, fünf Menschen sitzen im Klosett, Kinder in den Gepäckwagen, junge Burschen übereinander im Gang liegend, sechs, sieben Köpfe in einer Reihe aus jedem Fenster ragend, darüber reden sich noch drei Hälse weit hinaus, die Hipse brüht in allen Abteilen. Gleitend sind die Eisenbahnbezüge, auf jeder Station stürzt alles in Hemdsärmeln an die Verpflegungsstellen, die Bierwagen entleeren sich im Augenblick und trotz der unbehaglichen Fahrt: Wit, Freude, Scherz, Lachen und Singen. Die Mädchen kommen aus Westfalen, der neuen Heimat, die sie nie völlig aufgezogen, in der sie nie richtig Wurzeln schlagen. Die alte Heimat, das Mutterland spannt noch nach Jahrzehnten starke und mächtige Brückenbogen. Ermeland zieht! Bald sollen sie es wiedersehen. Den Acker, die Strohhütte, das alte barfüßige Mutterchen, den See, wo die schmatzenden Gänse haben, wo der Sommerlag schon nachts um 1 Uhr dämmert. Eine Stimme beginnt leise das Lied vom Ermeland, der ganze Wagen summt es jetzt und schon hallt es im Taft zu den Rädern des Zuges, brausend und klingend: Mein Ermeland, dich will ich lieben ..

Fahnen und grüne Kränze, wohin man blickt. Im Abenddämmer fahren die Bauernwagen aus den Wäldern die Dorfstraßen entlang, beladen mit Moos, Tannenzweigen und Laubgewinden. Junge verbrannte Burschen treiben die wilden ungebändigten Kasse. Mädchen schleppen bunte Fahnen und mit Willkommende beschriftete Schilder. Die Alten haben schon Löcher in den Boden geschlagen, wohin die Ratten gejagt werden. Von Eckhaus zu Eckhaus über das Begleiterschaulen Tannenbogen. Die alten Mütter winden kleine Kränze und flechten rote und weiße Papier hinein. Die und da flattert eine Fahne und die Heimlehreer schreiben feil und Holz mitten auf der Dorfstraße, als hätten sie nie einen rheinischen Pfingstgesehen, niemals ein Kiel oder Berlin im Festklang. Rein, hier ist die Heimat, Masuren, mit seinen armeligen Hütten, das Land, wo ihre Wege stand!

Wie zu Anfang des Krieges: In den Städten Rußland, wohin man hört. Die Mädchen in den Kaffeehäusern und Wirtschaften und die Humberte, die abends vor den Solalen auf und abwandern, sind ineinander verschmolzen. Drinnen hieß die Kapelle „Ich bin ein Preuße!“ draußen singen sie mit. Hochrufe auf Deutschland hören durch die Gassen und die Schuljungen gehen nur noch langsam über den Fahrdamm, reifen sich um die Flugblätter und schrien sich beglückt, bedrucktes Papier verbrettern zu können. Si-

kleines Mädchen, das noch nicht lesen kann, hält mir einen Regenpapier entgegen, den es aufgefalten und fragt, ob auch das „etwas ist“ zum Weitergeben. Ständig schwirren neue falsche Gerüchte durchs Land, die sich von Haus zu Haus vergrößern und vergrößern. Man muß sich hüten, nicht in Verdacht zu kommen, Pole zu sein. Die Schaufenster der Geschäftsleute überbieten sich in Patriotismus und jeder einzelne glaubt an die Stunde, die seinen Namen über die Massen hinaus als Ritter des Vaterlandes in die Lande tragen wird. Schilder steht man Sprüche, wie: Schwert und Vaterwert. Jahrzehntelange Freundschaft zerbricht im Nationalitätenkampf wie Zucker. Die Abstimmung ist Haß und Feindschaft. Die Landbewohner mit schwerer Junge sind des Wortes nicht mächtig, desto schlagfertiger ihre Beweise.

Nachts grüßen junge Burschen vor dem Hotel, und aus den Nachbarküchen läßt ein Grammophon die Nacht am Rhein bräusen, daß ich stehend an Verfallens denke und an die Stümper, die dort der Welt die Ruhe und den Frieden geben wollten.

Hinter Stachelbüschen sitzt in Allenstein das polnische Hauptquartier und „die Befreier Ostpreußens“ lassen sich von der Entente und deutschen Sicherheitswehren bewachen. Vor dem Fenster der Polen singt die Menge: Deutschland über alles. Wie 1914! Zwar fehlen die Goldautos, die heute schwerer zu finden und noch schwerer zu erfinden sind. Daß aber polnische Agitatoren der Muttergottes von Egenstochan nachsagen, sie spräche nur polnisch und verstünde kein Vaterunser, daran hat selbst 1914 die militärische Propaganda nicht gedacht; denn es sind hier wie jenseits der Grenze viele, viele, die dreimal am Tage zur Gebetszeiten in, beifällig beten und singen: Gelobt seist du, Marie!

Die Jugereisen! Sie kommen aus Rheinland, Westfalen, Kiel, Berlin und dem übrigen Reich. Man erkennt sie auf tausend Schritt aus den Dorfbewohnern heraus. Tagsüber, wo Frauen und Männer auf dem Felde sind, sitzen sie auf untergelegten Tischen vor den Häusern am Abhang zur Straße in weißen Hemdsärmeln. Dort, wo sie als Kinder geipelt und verabgungelt sind. Es ist alles so eng für sie geworden; ungewohnt, und die Freude kann nicht recht aus ihnen heraus. Die Heimat ist die alte geliebte, die Heimlehre aber haben sich gewandelt. Dieser Anzug, die Stehfragen, die Manichetten, sie schämen sich nicht in die Landtschaft, die herb ist und rau und doch voller Schönheit. Spärlich besiedelt, sie und da ein armeliges Dörfchen, wo oft Wohnstube und Stall unter einem Dach sind, kilometerweit eine einzige Anstellung, mit viel Wald und voller Seen, hügelig, selten ein Garten, selten ein Obstbaum: so das Land, so das Volk. Schwer zugänglich, ohne große, breite, vertrauensvolle Straßen ist es schwierig, Eingang zu finden in die Halden und in die Herzen. Wer jedoch den Weg kennt, erlebt Freude und Genuß, findet Liebe, Treue und seltene Naturreize. Fremd heißt jedoch, wer nicht dort geboren, wo ein Inzouender, scharfer deutscher

Dialekt sich mit polnischen Lauten mischt, daß einem Süddeutschen die Ohren weh tun. An den Wägen sieht man Mähen, die Röhle besitzt eine Schänke, in denen die Fuhrleute scharfen Schnaps und heißen Frot trinken und die Mäherin den Eierteig schlägt, um am glühenden Holzfeuer Waffeln in der Eisenpfanne zu drehen. Witten in der Landtschaft erleben sich plötzlich keine schmale Landstättchen, auf deren Pflaster schwere Bauernwagen rattern und leichte, vollsterbeschlagene Dogcart der Gutbesitzer häufen. In den Dörfern sieht man um die Mittagzeit viele entlassene Soldaten in den alten Uniformen. Und auf dem von schwerem Kriegsgerät zerfahrenen Straßen weisen sie die Wege nach Taunenberg und den masurenischen Seen ..

Und die Abstimmungsberechtigten, die aus den Ruhrschächten und Eisenhütten heraus in die Heimat gekommen sind, wissen, daß sie bald wieder scheiden müssen. Deshalb ziehen sie den fleischschwarzen Rod nicht aus und vertauschen ihn nicht mit dem leichten Bauernmittel. Weil sie sich nicht zu fest binden wollen an die niedrige mit frommen Bildern geschmückte Stube, wo noch das Spinnrad surrt, an den fruchtbar duftenden Acker, über den die lähnen Winde streichen. Weil sie wissen, daß sie bald wieder scheiden müssen. Abends jedoch, nach Schluß der Versammlungen, in denen sich im Freien das ganze Dorf trifft, feiern Männer und Burschen Wiedersehen in der Schänke und die Frauen erzählen sich im Mondschein vor den Haustüren lange Geschichten. Hier die ausgemergelten westfälischen Arbeiter, dort die gesunden starken heimischen Burschen mit den gebräunten Köden und der hemdfrei gewöhnlichen Brust. Hier städtisch gekleidete Frauen, dort barfüßige Weibslente mit dem Kopfputz und den weiten Köden. Zwei Welten, die sich berühren und dennoch getrennt sind und nimmermehr zusammenkommen können. Und doch sagen die einen zu den anderen, bedeutungsvoll und mit innerer Wärme: Wenn die Kinder groß sind. .. Sie werden jedoch nicht wiederkommen. Die Fabrik und die Grube wird sie verschlingen, wird wieder neue Mädchen vom Ofen nach dem Besen reifen, und kein masurenische See und kein Ermeland Wald werden an ihren Gräbern alte Sagen murmeln von den schneellen Falken und der untreuen Braut, vom Rhythentrans und Ritterschlag, von Frauenleid und Kriegsnot, und nimmermehr wird singen und klingen das Lied des Ostpreußen Simon Dach:

Muse von Tharow oh, de mi geföll,  
Ze öh mihn Lewen, mihn Goet on mihn Goll.  
Muse von Tharow heft wedder eer Hart  
Op mi geröchtet ön Löw on ön Schmart.

Die „Katastrophe von Versailles“. Italiens bedeutendster Historiker, Guglielmo Ferrero, sprach kürzlich im Brüsseler Kunstrein über den Friedensvertrag. Er wies darauf hin, daß, wie dem Wiener Kongreß das Prinzip der Legitimität zugrunde gelegt habe, man in Versailles beansprucht habe, das



Groß-Berlin

Chor der Gewinner und Wucherer.

Im Monat August des Jahres vierzehn begann unter glorreicher Siegeslaute...

War mancher von uns gewann ein Kreuzchen, es lebe der Kaiser und sein General!

Frauenagitation.

Sehr zu unrecht wird oftmals die politische Betätigung der proletarischen Frauen und Mädchen beurteilt.

Dem ist entgegenzuhalten, daß solche Reden leichtfertig und fell wie Brombeeren sind...

Frauenagitation betreiben ist allerdings nicht jedermanns Sache. Wer Frauen aufklären und organisieren will...

Unsere Frauen und Mädchen sind nun einmal für eine geistige Umstellung etwas schwerfällig veranlagt.

Erinnert hierbei an die politisch tätigen Genossinnen in Reich, Staaten und Gemeinden.

Die Vorkursen für die geistige Bildung und Aufklärung der Frauen sind die von unserer Partei eingeführten Frauenabende.

Gegen der Erde.

Roman von Knut Hamsun

5.

Isak hätte sich auch sonst noch über das eine oder andere verwundert können, aber er war nicht dazu geschaffen...

Zinger? Sie war in den Beerenfeldern, war in den Weeren gewesen, seit Isak zu Berg gegangen war...

Sie gaben also in die Weeren und pflüchten, pflüchten Muldebeeren auf dem Moor...

Wenn der Stall fertig ist, dann gehst du fort, sagt sie. — Nein, er gehe nicht fort.

Ich will daher als Leiterin an der Hand einiger Zahlen einen kurzen Rückblick über die Entwicklung der Frauenabende...

Lebensmittelkrawalle.

Im Laufe des Tages fanden an verschiedenen Stellen Lebensmittelkrawalle statt. In Unruhens kam es an folgenden Stellen: Berliner Straße, Kochbäcker...

Die Berliner Straßenhändler haben in einer am Montag stattgefundenen Versammlung beschlossen, ihren Proteststreik abzubauen...

Wiedergutmachung.

An „urteilslose Lawelämmel“ wendet sich Herr Heinrich Holz, Berlin NW., Stromstr. 39a, auf dem Wege über uns...

Bei dieser Gelegenheit möchte ich es nicht unterlassen, Ihnen für die Zukunft etwas mehr Objektivität zu empfehlen.

Wir danken dem ehrenwerten Herrn G. für die Belehrung, die er uns erteilt, hoffen, daß die „urteilslosen Lawelämmel“ seine Mahnungen beherzigen...

Erbanliches von der Stadt, Ring, und Vorortbahn.

In Nr. 316 vom 24. Juni und Nr. 346 vom 11. Juli d. J. berichteten wir ausführlich über die „Kontrollmaßnahmen“ der Eisenbahnverwaltung...

Sie pflüchten Beeren, und nach einer Weile finden sie wieder weiße Blässhchen im Gebüsch, und Inger sagt: „Du bist verrückt, Gustaf!“

Die Sonne sinkt; während sie heimgehen, werden die Heidehügel in Schollen dunkler. Sie kommen noch an vielen geschützten Stellen vorbei...

„Guten Tag!“ sagt Geißler und begrüßt dann auch Inger. Da stehen diese Menschen und schauen einander an.

Geißler ist wiedergekommen. Er ist einige Jahre weg gewesen, aber jetzt ist er wieder da, etwas älter und grauer, aber lebhaft wie immer...

„Was schleppest du denn da herbei?“ fragt er Isak. „Das ist ja eine ganze Perde!“ sagt er. — „Eine Schmiedeweise“, erklärt Isak.

„Was schleppest du denn da herbei?“ fragt er Isak. „Das ist ja eine ganze Perde!“ sagt er. — „Eine Schmiedeweise“, erklärt Isak.

sonenbeförderung trotz der Möglichkeit der Abhilfe sein langem bestehen. Dazu wird uns geschrieben:

Die so dringende Einlegung eines Zuges vom Potsdamer Ringbahnhof über Tempelhof und Reutchen um 4.47 Uhr nachmittags, um die mehr als überfüllten Züge 431 und 437 zu entlasten...

Ein Fortschritt ist aber zu verzeichnen: Morgens zwischen 7 und 8 Uhr haben die auf Bahnhof Hermannstraße die vollständig unplanmäßig einlaufenden und überfüllten Züge...

Hoffentlich bringen die eingangs angebotenen „Kontrollmaßnahmen“ der Eisenbahnverwaltung das Gute, daß die jetzt herrschenden Zustände, die einer Verwahrlosung des Betriebes sehr nahekommen...

Hausbesitzer „Gutmütigkeit“.

Necht eigenartige Praktiken beim Vermieten einer Wohnung entwickelte der Eigentümer und Pferdehändler Wilhelm Verner, Weidenweg 26.

Dieser traffe Fall von Mietwucher hebt wohl in dieser Form unerreicht da. Diesmal ist dieser Wucherer an die unredliche Adresse gekommen.

Angesichts dieses Wuchers, den Herr Verner in seiner Eigenschaft als Hauswirt treibt, drängt sich die Frage auf, ob er als Pferdefleischhändler...

Dem Spielteufel zum Opfer gefallen.

Nach einer großen Unterredung war, wie mitgeteilt, der Dienstanführer Kurt Anders aus der Köpflingstr. 1 zu Schöneberg schuldig geworden.

Neht Menschenfreundlichkeit! Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben: „An der Königsstraße am Restaurant Groß-Berlin sah am Sonntag ein blinder Greis, der Hymnarmonika spielte.“

Sollte Geißler hinter dem Ingenieur auf dem Berg zurückstehen? „Ich habe gehört, daß du dir eine Nähmaschine gekauft hast, jetzt habe ich dir dazu einen Heu- und Getreide-rechen mitgebracht.“

Sie sprachen über den Kupferberg, über das Bergwerk. „Sie haben dort eifrig nach Euch gefragt“, sagt Isak. — „Wer hat gefragt?“ — „Der Ingenieur und alle die Herren.“

Den Tag darauf kamen die beiden Stafetten aus Schweden zurück, und mit ihnen kamen zwei von den Eigentümern des Bergwerks; sie waren zu Pferd, vornehme, dicke Herren...

Geißler war großartig geworden, er dachte vielleicht, er habe die ganze Welt in der Tasche, oder fand er eine mündliche Botschaft gar zu nachlässig?

Geißler war großartig geworden, er dachte vielleicht, er habe die ganze Welt in der Tasche, oder fand er eine mündliche Botschaft gar zu nachlässig?

(Fortf. folgt.)



groß empor und schleppte ihn nach dem Polizeibräutigam, wobei auch mit dem Instrument so unanständig umgegangen wurde, daß es schließlich beschädigt worden ist. Das Publikum nahm für den alten Mann Partei, wurde aber von dem Schuttmann groß angefahren, und einigen Leuten wurde bedeutet, daß es ihnen ebenso ergehen würde, wie dem Alten, wenn sie nicht fortgingen.

Wenn schon der arme Alte den polizeilichen Vorschriften zuwider gehandelt hat, so kann man doch wohl auch von einem Schuttmann verlangen, daß er ihn als Mensch betrachtet und als solchen behandelt. Das so notwendige gute Einvernehmen zwischen Polizei und Bevölkerung wird durch solches Benehmen nicht gefördert.

**Einlösung von Anteilsscheinen zur Kriegsanleihe.** Die von der Berliner Sparkasse während des Krieges verausgabten Kriegsanleiheanteilscheine zu 1, 5, 10 und 20 M. gelangen jetzt zur Einlösung. Dasselbe erfolgt in der Zentralstelle für Anteilsscheine, Poststr. 5, Hof links, part., wochentags in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags. Die Rückzahlung soll nach den Bedingungen auf der Rückseite der Anteilsscheine zum Kurswert erfolgen. Die Sparkasse gewährt jedoch allen Besitzern von Anteilsscheinen, welche die Einlösung bis zum 31. Dezember d. J. beantragen, den Kurswert zuzüglich 5 Proz. Zinsen.

Vom 1. Januar 1921 ab können Anteilsscheine nur noch zum Kurswert eingelöst werden. Es liegt also im Interesse jedes Besitzers von Anteilsscheinen, die Einlösung bis zum 31. Dezember d. J. zu bewirken. Hierzu ist die Vorlage des Anteilsscheins zusammen mit dem Anteilsschein erforderlich. Fehlt einer dieser Teile, so ist der Verlust unter Vorlage des vorhandenen Teils anzuerkennen. Die Rückzahlung des Betrages erfolgt in bar oder durch Überweisung auf ein Sparkassenbuch, Bank- oder Postsparkonto.

Sein 25jähriges Parteijubiläum begeht in diesen Tagen der Genosse Otto Korn, Stargarder Str. 5 (82. Abteilung). Im Juli 1895 der Partei beigetreten, hat er in den langen Jahren stets und häufig bei allen Parteiarbeiten seinen Mann gefunden. Immer war er zur Stelle und Tag und Nacht stand für die Partei sein Haus offen. Den jüngeren Genossen ein Vorbild in treuer Pflichterfüllung! Möge der bewährte Kämpfer noch lange Jahre in voller Gesundheit und Frische unter uns weilen.

Karl Hamburger, der Berliner Augenarzt und Sozialhygieniker, wird heute fünfzig Jahre alt. Er war der Schöpfer von Arbeiten, durch die die Lehre von der „Ernährung des Auges“ revolutioniert worden ist, und hat wesentliche volkswirtschaftliche Verbesserungen gegen viel ältere Vorurteile erklämpft. Vor zwanzig Jahren wies er an der Hand eigener Forschungen nach, daß nur die Hälfte der Kinder aus Proletariatsfamilien nach 14. Lebensjahr überdauern. Die in Verbindung damit angeregte Frage der Beschränkung der Kinderzahl bei tuberkulösen Arbeiterfrauen wurde seitdem eifrig diskutiert. Vorläufige Hamburgers zur Aufzucht eines gesunden Kinderflusses führten zur beschriebenen Anordnung möglichst vieler Dachgartenanlagen für den Aufenthalt von Säuglingen und zur Aufgabe Groß-Berliner Freispielflächen für die spielenden Kinder. Die Arbeiten Hamburgers sind von der Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege als „von fundamentaler Bedeutung“ anerkannt worden.

Das Marinehaus hat, wie wir erfahren, die Landesversicherungsanstalt Berlin erworben und wird es zur Vergrößerung ihrer Verwaltungsräume verwenden. Durch die am 1. Oktober eintretende Umgestaltung der Gemeinde Berlin wird der Umfang der Versicherungsanstalt um mehr als das Doppelte vergrößert.

Die Deutschnationale Fraktion im Rechen Hause hat zum Vorsitzenden Justizrat Dr. Lüdicke-Spandan und zum Stellvertreter Stadtrat und Stadtverordneten Wege-Berlin gewählt.

Die gestrige Razzia auf den Treptower Spielwiesen führte zu der Verhaftung eines Bankhalters namens Paul R., der schon wegen Waffenschlusses verurteilt ist. Bei seiner Verhaftung streute er das Geld aus seinen Händen unter die Menge. Es wurden zehn Spielstücke beschlagnahmt. Die Untersuchung wurde nur von Polizeibeamten der Sicherheitspolizei ausgeführt.

Von einem amerikanischen Auto istgefahren wurde der 54-jährige Maschinenbauer Hermann Schred aus Potsdam zwischen der Chaussee Michendorf und den Jäger-Schießständen. — Wann hört endlich einmal die wahnwitzige Kaiserrei der Entente auf?

Eine Ente. Die österreichische Gesandtschaft teilt mit, daß die von mehreren Mätern gedruckte Meldung, wonach der Verionen- und Österrugverkehr in Oesterreich eingestellt sei, absolut unrichtig ist und daß sich der Verkehr in Oesterreich in bisherigem Umfang abspielt.

Die Kündigung von Landbesitzern im Nordosten von Reutßen, über die wir in Nr. 842 vom 9. Juli berichteten, geht nicht vom Reutßener Magistrat, sondern von der Stadt Berlin aus, die in jener Gegend über einen erheblichen Grundbesitz verfügt.

Friedrichshagen. Zu der letzten Sitzung der Gemeindevertretung waren die Unabhängigen wieder nicht erschienen. Polizeikommissar Bäder erstattete einen Bericht betreffend die Beschwerden, die der unabhängige Gemeindevertreter Wiedemann in einer Sitzung im Mai gegen Polizeibeamte des Ortes vorgebracht hatte. Danach sind von seinem einzigen Polizeibeamten Strafanträge gestellt worden. Aber in Sachen, die damit zusammenhängen, hätten allerdings Strafanträge von Polizeibeamten in zwei oder drei Fällen vorgelegen. Die Beamten seien von einzelnen Leuten, gegen die ein Verbot wegen Verletzung an den Vorgängen des Kampftagnabend der Kapp-Lüttichwoche schwebte, in öffentlichen Versammlungen und in Bekleidungsbesprechungen an die Staatsanwaltschaft schriftlich angegriffen worden. In den Fällen, wo die Beschwerdebeschwerden unwahr waren, hätten die betreffenden Polizeibeamten auf Grund des jeden Bürger zuzustehenden Rechts Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Jetzt lägen nun die Dinge so, daß das öffentliche Strafverfahren gegen die in Frage kommenden Personen sowohl als auch das von den Polizeibeamten gegen ihre Vorgesetzten beantragte Verfahren eingestellt worden sei. Die Sache sei also erledigt. — Die Kapp-Lüttichwoche wurden ebenfalls in Erinnerung gerufen bei Behandlung eines Antrags auf Beförderung von drei Polizeibeamten. Der Beförderung von zweien der drei zur Beförderung Vorgesetzten wird widersprochen. Gegen die Beförderung des Polizeiwachmanns Ruhn zum Oberwachmeister werden aber von den Genossen Mittenzwei und Ahmann Bedenken geltend gemacht. Wenn auch, bemerkt Mittenzwei, eine Beschwerde gegen Ruhn, die mit dem Ende der Kapp-Lüttichwoche zusammenhängt, als nicht schicklich von der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen worden sei, so wäre doch sein Ausreten immerhin so gewesen, daß das Publikum eine Verleumdung nicht verstehen würde. Genosse Ahmann betonte, beim Kapp-Lüttich und dem blutigen Schlag der Kappwoche in Friedrichshagen habe man sehen können, wie von gewissen Leuten mit einer gewissen Feindseligkeit eingeschrien worden sei. Dazu habe auch Ruhn gehört, wie man auf der Straße habe beobachten können. Ruhn habe gesehen, in welcher Weise Ruhn den Anzeigen Steiner über unabhängigen Gemeindevertreter) abgeführt habe. Es sei empörend, in solcher Weise jemanden durch die Strafen zu führen. Die Mehrheit der Gemeindevertretung lehnte darauf die Beförderung des Herrn Ruhn ab. Die Gemeindevertretung beschloß, den Kriegserklärern, die einen Sohn verloren haben, eine Beihilfe von 100 Mark zu gewähren. Es kommen etwa 40 in Frage. Mehrere der Anwesenden in der Kapp-Lüttichwoche gab nunmehr Genosse Schäfer den Bericht des Untersuchungsrichters, Neues betrie er nicht. Dem Landrat ist er schon im Mai zugegangen. Seine öffentliche Bekanntgabe hatte sich immer wieder durch die

Vertagung der Sitzungen der Gemeindevertretung, die wegen vorgerückter Zeit eintreten mußten, verzögert. — Beschlossen wird, zu den Sitzungen der Schuldeputation die Vorsitzenden der Elternvereine oder deren Stellvertreter mit beratender Stimme hinzuzuziehen. Das Schulausschussprojekt beschließt, die Gemeindevertretung. Ein revidiertes sogenanntes Südpflicht soll beim Unterrichtsamt verortet werden. Das Projekt der Anlegung eines Spielplatzes mit Laufbahn, Fußballfeld, Turnplatz usw. ebenfalls dem Unterrichtsamt vorgelegt und seine Verwirklichung demnächst empfohlen werden. Änderungen des Ortsstatuts, betreffend die Fortbildungsschule, wird zugestimmt. — Bewilligt wird die Zahlung des Lohnes an Gemeindegeldarbeiter und -angehörige, die an der Abstimmung in Preußen teilnehmen.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 13. Juli:

7 Uhr im Zentraljugendheim, Lindenstraße 3, 2. Hof, 3 Tr. links. Konferenz sämtlicher in der Jugendbewegung tätigen Genossen und Genossinnen. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es die Pflicht aller zu erscheinen.

7 Uhr im Zentraljugendheim, Lindenstraße 3, 2. Hof, 3 Tr. links. Konferenz sämtlicher in der Jugendbewegung tätigen Genossen und Genossinnen. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es die Pflicht aller zu erscheinen.

7 Uhr im Zentraljugendheim, Lindenstraße 3, 2. Hof, 3 Tr. links. Konferenz sämtlicher in der Jugendbewegung tätigen Genossen und Genossinnen. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es die Pflicht aller zu erscheinen.

Morgen, 14. Juli:

Wir machen die Parteimitglieder auf das in der heutigen Ausgabe erscheinende Interim. Mitgliederberatern. 1. Sitzung am 14. hierdurch ganz besonders aufmerksam.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

8. Abt. 7 Uhr im Königsplatzischen Realgymnasium, Ostfischstraße 57/58. Mitgliederberatern. Genosse Petersdorf spricht über Statutenänderung.

Auch heute erklärt der Angeklagte: Die Angaben der Zeugin sind richtig!

Die ganze Sache war nur ein Scherz und ich habe die Blaubereen nur mitgenommen, weil ich mich ärgerte, daß der Scherz so übel aufgenommen wurde. Ich habe keinesfalls die Absicht gehabt, der Zeugin irgendetwas zu tun. Ich war ganz perplex, als die Frau plötzlich um Hilfe rief. Ein hier nicht zur Angelegenheit gehörender, nur zur Illustration herangezogener Fall betrifft eine Frau V. aus Mainz, wo Schumann als Soldat einen Liebesfall auf sie verübt hatte. Als sie sich mehrte, brachte ihr Sch. drei Reißerische bei. Nachdem die Leidenschaft wiederhergestellt worden ist, findet die Wittigspause statt.

Nach der Pause wurde der Schwager des Kriminaloberwachmeisters Lehmann, der Tischler Klaus, vernommen. Dieser hatte seinem Schwager Essen gebracht und wurde Zeuge der Vernehmung Schumanns. Ein anderer Polizeibeamter trat, wie der Zeuge bekundet, an Schumann heran und sagte ihm, er solle doch die Wahrheit sagen, das Zeugnis habe ja doch keinen Zweck mehr. Schumann habe darauf geantwortet: „Ja ja, wenn's keinen Zweck hat, dann werde ich die Wahrheit sagen.“ Schumann habe dann

völlig freiwillig in sechs Fällen ein Geständnis abgelegt. Der als Zeuge geladene Landgerichtsdirektor Buddenberg, welcher als Untersuchungsrichter in dieser Sache tätig war, bekundet: Der Angeklagte habe seinen Ton davon gelegt, daß ihm auf der Polizei das Geständnis abgepreßt worden sei, er habe in seiner Vernehmung auch gar nicht den Versuch gemacht, die ihm vorgehaltenen Straftaten in Rede zu stellen. Schumann habe auch keinesfalls den Eindruck gemacht, als wenn er unter irgendeinem Zwange stehe. Referendar Kanheimer, welcher bei den gerichtlichen Vernehmungen zugegen war, sagt aus: Schumann habe gegenüber der polizeilichen Vernehmung ganz wesentliche Einschränkungen gemacht und auch von Mißhandlungen durch Polizeibeamte gesprochen.

Landgerichtsdirektor Bönnies bekundet, daß der Angeklagte nicht den Eindruck gemacht hat, als wenn er unter dem Einflusse einer Furcht vor Mißhandlungen gestanden habe, als Schumann zum ersten Male bei ihm vernommen worden war und das Geständnis wiederholte. Erst bei der zweiten Vernehmung sei er plötzlich um und widerrief alles. Der Angeklagte erklärt auf Vorhalt, daß er sein früheres Geständnis nur aus dem Grunde bestätigt habe, weil er nicht jahrelang in Untersuchungshaft sitzen, sondern die Hauptverhandlung möglichst beschleunigen wollte. Zeuge Buddenberg ergänzt seine Aussage noch dahin: Der Angeklagte habe ihm gegenüber sein Geständnis gemacht ohne Vorhalt des polizeilichen Protokolls; erst wenn ihm Widerspruch mit diesem Protokoll unterliege, seien ihm Vorhaltungen aus demselben gemacht. Nach diesem Protokoll des Untersuchungsrichters, das verlesen wird, hat der Angeklagte im Fall des Nachwählers Engel unter Schwörung des ganzen Vorfalls die Abgabe des Schusses zugegeben, doch habe er ihn nicht vorzüglich töten wollen, sondern nur auf den Hund geschossen. Ebenso hat er ohne weiteres den Fall der Tötung des Lehrers Paul zugegeben. Er habe

aus Rache und aus Schamgefühl seinen Laib angezündet, aber nicht die Absicht gehabt, sie gänzlich niederzubrennen. Er habe dem Paul nur einen Schreck einjagen wollen, bei den Vorarbeiten zugehört und aufgehört, daß der Brand nicht überhand nähme. Auch in den Fällen Kimmitt, Riedorf, Biedermann usw. hat der Angeklagte aus eigenen Antrieb die Tatsachen in voller Umfang zugegeben. Der Angeklagte erklärt, daß er nur die polizeilichen Angaben wiederholt habe, um die Untersuchungsarbeit abzulösen. Zeuge Buddenberg: Es ist ganz ausgeschlossen, daß es nur eine Manipulation der polizeilichen Aussagen gewesen sei. Das ausführliche Protokoll zeigt, daß der Angeklagte selbst den Sachverhalt in ausgedehntester Weise angegeben hat. Immer wieder erklärt der Angeklagte auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden aus dem Protokoll in bestimmter Weise: „Ich habe gar nichts zugegeben, ich erkläre, daß

die Niederschrift vollständig wahrheitsgemäß ist. Ich wundere mich, daß es etwas darin steht.“ Auf Anfrage eines Geschworenen erklärt der Zeuge Buddenberg, daß der Angeklagte seine Geständnisse unabhängig von irgendeiner polizeilichen Unterlage gemacht habe. Staatsanwalt Dr. Steinbrecher: Was will der Angeklagte mit seinen Verneinungen eigentlich sagen? Will er behaupten, daß der Landgerichtsdirektor Buddenberg hier einen Meineid geleistet hat? Angeklagter: Nein, das will ich nicht behaupten. Die Verhandlung wird sodann auf Dienstag 9 1/2 Uhr vertagt. Dann sollen die Sachverständigen ihre Gutachten abgeben. Der Vorsitzende hofft, morgen die Verhandlung zum Abschluß bringen zu können. Den Geschworenen werden wahrscheinlich einige 50 Schuldfragen vorgelesen sein.

Aus den Kapp-Tagen. Erziehung eines Geisteskranken.

Am Abend des 29. März verlor der geistesranke pensionierte Infanterieoberst Paul Weigelt in die besetzte Hauptkadettenanstalt Groß-Berlitzfeld einzugringen. Weigelt wurde von dem Posten verhaftet und dem Asopagnieführer Leutnant d. R. K. Kieringhausermeister Paul Schütz zur Vernehmung vorgeführt. Bei dieser Vernehmung, die im Geschäftszimmer vor sich gehen sollte, unternahm der Verhaftete plötzlich einen Selbstversuch, wurde davon von einem anderen Leutnant verhindert und bei dem dabei entstehenden Handgemenge von Leutnant Schütz durch zwei Kopfschüsse getötet. Wegen dieser Erziehung wurde gegen Schütz die Anklage auf Totschlag erhoben. Zu der gestrigen Verhandlung, die unter dem Vorsitz des Kriegsgerichtsrats Dr. Grün stattfand und bei der Kriegsgerichtsrat Dr. Hannert die Anklage vertrat, waren 15 Zeugen geladene, größtenteils Angehörige des ehemaligen Schutzbataillons sowie die Ehefrau des Getöteten.

Bei seiner gestrigen Vernehmung gab der Angeklagte an, er habe sich in Anbetracht der kritischen Lage für berechtigt gehalten, Weigelt kampfunfähig zu machen. Er sei in seiner Annahme, daß er es mit einem gefährlichen Schwärmerbrecher zu tun habe, durch das ihm gemeldete Verfallen Weigelts bei seiner Verhaftung und seiner Vernehmung blickt worden, um so mehr, als die am selben Tage eingelaufenen Warnungen auf einen parteilichen Anschlag gegen die Kompanie Süd hindeuteten. Auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden, daß vielmals doch noch andere Mittel hätten gefunden werden können, den Brechen gefügig zu machen, erwiderte der Angeklagte, daß ihm sein Verantwortlichkeitsgefühl seine Handlungsweise diktiert habe und er heute in einem gleichen Fall genau so handeln würde.

Die als Zeugin vernommene Ehefrau des Getöteten widert unter Tränen ihren Mann als einen ruhigen, harmlosen Geisteskranken, der die Absicht gehabt habe bei der Reichswehr einzutreten. Er habe kurz vor jenem Tage 18 epileptische Anfälle gehabt, sei also sehr geschwächt und gar nicht in der Lage gewesen, solche Tötungsversuche zu begehen, wie der Angeklagte behauptet habe. Die an dem Vorfall beteiligten Zeitfreiwilligen bezeugten sämtlich die Ausführungen des Angeklagten. Weigelt habe über Kieringhausers Tat verfügt und seine Bemerkung wie Spielball abgefaßt. Für sie alle habe es festgestanden, daß der Anschlag verübte Absichten ge-

## Bildungsveranstaltungen.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Heute 5 Uhr im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, SW 68, Lindenstr. 3, 2. Hof IV, Zimmer 10. Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse. Fragen angehängt mitzubringen. — Freitag 6 Uhr vorwärts Zusammenkunft der Teilnehmer am Vortragsschluß des Genossen Max Grammatl. Es soll über die Fortsetzung der Vorlesungen verhandelt werden.

## Berichtszeitung.

Der Massenmörder Schumann vor Gericht. Freiwillige Geständnisse. (Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

An demselben Tage, an welchem die Vorzeugin überfallen worden war, hatte auch die Zeugin Frau S. ein sehr böses Abenteuer. Sie wurde von einem Manne hinterücks überfallen und am Halse gewürgt. Als sie sich wehrte, schlug ihr der Unbekannte mit der Faust ins Gesicht, so daß sie aus Mund und Nase blutete. Dann versuchte der Unhold die Zeugin in das Schiff des nahen Tees zu schleppen, hier rief er ihr die Feinleider entgegen und versuchte sie zu dergewaltigen. Die Zeugin wurde beunruhigt und wehrte sich nicht, was geschah. Endlich ließ er von ihr ab mit den Worten: „Du hast, wenn Du was sagst, mach' ich Dich fertig.“ Auf Befragen, ob sie in dem Angeklagten den Täter wiedererkenne, antwortete die Zeugin:

„Selbstverständlich!“

Auch diese Zeugin gibt als Haupterkennungsmerkmal eine Zahnspur an, welche der Angeklagte auch tatsächlich aufweist. Eine Frau R. W. im Juli v. J. beim Blaubereenfluchen in der Rassenhagener Park überfallen worden. Als sie Hilfe rief, ließ der Mann von ihr ab und entwich unter Mitnahme eines Glases mit Blaubereen. Der Angeklagte hatte auch diesen Fall zugegeben und dabei erklärt, daß er die Blaubereen armen Kindern gegeben habe.



Kraft und mit Personen außerhalb der Kaserne in Verbindung ge-

standen habe. Der Zeuge Wielert sagte aus, daß Weigelt während des

Während der Angeklagte habe weder in Kottwehr gehandelt noch sei er vom militärischen Standpunkt aus

Der Verteidiger des Angeklagten, Dr. Johann, beantragte

Nach halbstündiger Beratung beschloß der Gerichtshof, die Ver-

Der Prozeß gegen die Räteführer in Ungarn.

C. R. Budapest, 6. Juli.

Seit 3 Tagen ist die Verhandlung gegen die 10 in Haft befind-

Der Verordn. den das offizielle Teleg. Correspondenz-Bureau

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen beschäftigte sich der

Der Gerichtshof beschloß sodann, die Verurteilungstränge

Der Zeuge Wielert sagte aus, daß Weigelt während des

Agoston in Klammern den Namen Augenstein zufügt. Es sei fest-

Wirtschaft

Deutsche Werke A. G.

Die Reichsbetriebe, die früheren Waffen- und Munitions-

Wir haben in Nr. 126 des „Vorwärts“ vom 9. März einen

Zweifellos hat die Privatindustrie an dem Entstehen der Reichs-

Andererseits müssen wir mit Bedauern feststellen, daß es der

Die in ihren Fachverbänden fest organisierte Industrie, die sich

Die Geschäftsleitung der Deutschen Werke A. G. dürfte sich

Der wie in so vielen anderen Fällen offenbar sich deutlich,

und wie das geschehen muß. Heute zermürben und zer-

Dem Aufsichtsrat der Deutschen Werke A. G., dem ja auch

Die Verschmelzung Schultze-Bayenhofer.

Die Generalversammlung der Bayenhofer und der Schultze-

In der Generalversammlung der Schultze-Bayenhofer wies der

Die beantragte Verschmelzung wurde einstimmig genehmigt.

Sport.

Ederoth ist in Berlin eingetroffen und wird sich am Mittwoch

Briefkasten der Redaktion.

Bevor wir den Briefkasten bestimmen, bitten wir Sie, einen Aufhänger

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis

Der Silbernen Hochzeit dem Jubeljahr Karl Dröke u. Gemahlin

Geburten. Herrmannsode Wasth. Preuß. Deumonsir. 73.

Altmelalle Juecksilber, Zahngebisse Platin-, Silberbruch

50000 M. Belohnung zahlte ich nicht, aber nachweislich die höchsten Preise für Gold-, Platin- und Silberbruch

Der Kleine Roman Wöchentlich ein abendliches, humoristisches Theater

Deutsch. u. franz. Cognac-Verschnitt sowie Weinbrand-Verschnitt Gebrüder Hoff, Spirituosen

Spezialarzt Dr. med. Koeben 14. Hainl, Hartl, Frauen, Schwäche, Beh. schnell







# Die Befetzungsfrage.

## Eine französische Mißdeutung.

Spa, 12. Juli. (Antisch.) Von französischer Seite wird berichtet, daß Deutschland durch die am 9. Juli erfolgte Unterzeichnung des Protokolls über die Entwaffnung sich der von den alliierten Mächten angeordneten Befetzung weiterer deutscher Gebiete, insbesondere des Ruhrgebiets ausdrücklich unterworfen habe. Die deutsche Delegation erklärt diese Auffassung für völlig unbegründet und den Tatsachen widersprechend.

Die deutschseits am Schluß des Protokolls abgegebene Erklärung besagt lediglich, daß die deutsche Regierung von der Entscheidung der alliierten Mächte Kenntnis nimmt und daß sie die Bestimmungen, soweit sie Deutschland betreffen, d. h. ihm positive Leistungen auferlegen, ehrlich erfüllen werde. Außerdem hat der Reichsminister Dr. Simons vor Unterzeichnung des Protokolls in der Sitzung der Konferenz ausdrücklich erklärt, daß die deutsche Delegation ihre Zustimmung zu der angeordneten Befetzung weiterer deutscher Gebiete nicht geben könnte, worauf der britische Premierminister Lloyd George erwiderte, daß eine denartige Zustimmung seitens der deutschen Delegierten weder erforderlich sei, noch auch von ihnen erwartet werde, weil sich ihre Zustimmung lediglich auf die Befetzungsauferlegungen bezog. Der Präsident der Konferenz de la Croix hat diese Auffassung ausdrücklich bekräftigt.

Wenn in dem offiziellen Communiqué über die Sitzung vom 9. Juli 1920 weiter gesagt ist, daß britische Premierminister Lloyd George dem Reichsminister Dr. Simons vor dem 10. Januar 1920 seine Zustimmung zur Befetzung deutscher Gebiete gegeben habe, und der Reichsminister Lloyd George zugestimmt, so ist hierzu folgendes festzustellen:

Der Reichsminister hat sich mit dieser letzteren Bemerkung des Herrn Lloyd George in keiner Weise einverstanden erklärt, vielmehr genau den gleichen Standpunkt wie der Reichsminister Dr. Simons vertreten. Der Schlußsatz des Protokolls vom 10. Januar 1920 gab den Alliierten nur das Recht bis zum Eintritt des Friedenszustandes wehren bestimmter Charakter Waffenstillstandsverletzungen militärisch einzuschreiten. Diese Einschränkung, welche den Passus völlig bedeutungslos machte, da der Friedenszustand unmittelbar nach Zeichnung des Protokolls durch die Ratifikation eintrat, ist in dem vorhergehenden Notenwechsel namens der Alliierten von Herrn Clemenceau schriftlich anerkannt worden. Die Alliierten können sich also auf dieses Protokoll nicht berufen.

## Die französische Kammer zum Entwaffnungsprotokoll.

Paris, 11. Juli. (B.L.B.) Der ehemalige Minister Magnaud hat Ministerpräsident Millerand telegraphisch mitgeteilt, daß der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten den vorliegenden Bericht über die Entwaffnung Deutschlands einstimmig angenommen hat. Magnaud hat ferner sämtliche Kommissionsmitglieder mißbilligen jede Fristverlängerung, die man Deutschland gewähre.

Smilie nicht Reir Harbie. In die Drahtung unseres Berichtes über die Sonntag-Sitzung (Sonntag-Ausgabe des „Vorwärts“) hat sich ein Irrtum eingeschlichen. Der englische Redakteur, über dessen Enttarnung sich Lloyd George mit Genossen unterließ, war Smilie, nicht Reir Harbie, der schon seit einigen Jahren tot ist. Der „Freiheit“ und einigen Blättern des Alliierten-Verlages, die bei dieser Gelegenheit sich in langen Ergüssen an unserem Genossen Viktor Schiff teilten wollen, sei gesagt, daß dieser Häufchen eine Folge der zeitweilig ganz außerordentlich schlechten telephonischen Verständigung mit Spa ist. Bei der späteren Nachschau, in der das Gespräch aufgenommen wurde, hat die Redaktion den Irrtum des Telephonisten übersehen. Genosse Viktor Schiff ist jedenfalls an diesem Versehen völlig unschuldig. Bestätigen wollen wir der „Freiheit“, daß ihr Bericht nicht passieren kann, da sie keinen Telephonisten unterließ und die Sensationen, die sie ihren Lesern vorsetzt, mehr der zuvorigen Nummer des „Vorwärts“ (gewöhnlich ohne Quellenangabe) entnommen.

Nationalitätsprinzip- und Selbstbestimmungsrecht zu schützen. Aber die Katastrophe dieser Prinzipien äußerte er sich mit folgenden Worten: „Es entstand aber eine Sprachverwirrung. Jedes Volk gab nur der Stimme seines materiellen Interesses Gehör und schied sich schließlich ab. So fiel das ideale Gebäude Wilsons zusammen. Dies konnte auch nicht anders sein, denn die Prinzipien hingen in der Luft. Um lebensfähig zu sein, mußten sie in einem festen, unantastbaren System wurzeln. Woher haben wir freilich nur ein ziemlich unbestimmtes Gefühl von höherer menschlicher Solidarität. Tatsache aber ist, daß, wenn auch wir unbestimmt, das Bewußtsein hierfür vorhanden ist. Weiter sind wir noch nicht, aber das ist schon viel.“

Seht den Frieden von Versailles! Ein Friede? Nein, ein Waffenstillstand! Solange das „Wehe den Besiegten!“ angewendet wird, kann von einem bleibenden Frieden keine Rede sein. Wir sind die Sclaven eines großen Materialismus aus dem 19. Jahrhundert; hat den Stoff zu beherrschen, werden wir von ihm beherrscht. Gibt es aber ein Entkommen aus diesem Zustand? Wir bleiben auf eines der beiden Mittel angewiesen: die Aenderung der Form von Staat und Gesellschaft oder die Bildung eines kräftigen Staatenbundes, der mit starker Hand die Ordnung wiederherstellt und aufrecht erhält.“

Und nun Spa? Ferrero dürfte heute keinen Vortrag mit dem Titel: „Der Zustand, den die Katastrophe von Versailles geschaffen, dauert ohne Zeichen seines kommenden Endes an.“

Das Kontraktbruchverfahren gegen Clara Dux, das Generalstaatsanwalt Schilling beantragt hatte, hat zur Verurteilung der Schlichterin in eine Kontraktstrafe von 10000 M. geführt. Doch soll laut U. U. Kuchel sein, bis aus dem Urteil folgende sinnfällige Auswertung von den deutschen Kartellbehörden abzuwickeln, daß die Schlichterin schon im Herbst wenigstens an einer Berliner Operettenbühne, dem Metropoltheater, auftreten kann. Von der Staatsanwaltschaft ist verurteilt ausgespart. Und das ist das Schmerzlichste dieses Falles.

Ein Protest gegen die Notbrüche, den französischen Schwanz, der am Mittwoch in den Kammerhallen ausgesetzt werden soll, ergeht von Seiten des Verbandes Deutscher Bühnenarbeiter und Bühnenkomponisten, und zwar „aus Gründen nationaler Selbstachtung“, wozu dann noch kommt, daß diese Aufführung den zwischen dem Deutschen Bühnenverein und dem Verband Deutscher Bühnenarbeiter und Bühnenkomponisten getroffenen und bis zur paritätischen Behandlung deutscher Dramatiker in Frankreich gültigen Vereinbarungen widersprechen würde.

Das Verhören des Peter Behrens durch Königsberg als Leiter der Staatlichen Kunstakademie ist noch nicht entschieden. Es fragt sich, ob es zutrifft, dem Architekten einen künstlerischen Beratungsdienst in Ostpreußen zu schaffen, zum Beispiel bei dem Reichslandwirtschaftlichen Ministerium, das von unzureichend wirtschaftlichen Gelehrten, die sich eine Entscheidung zurzeit nicht getroffen werden kann.

Die Wiederherstellung der Börsenbibliothek. Die Reichsbehörden haben dem Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig die im Verleihenvertrag übernommene Befugnis der für die Bibliothek der Universität Leipzig benötigten Bücher abzutragen. In diesem Sinne wurde jetzt zunächst eine Einleitungsbesprechung zwischen dem Börsenverein und dem Reichsminister für Kulturangelegenheiten abgehalten. Der Börsenverein hat sich der Reichsregierung gegenüber verpflichtet, nötigenfalls auf eine den besonderen Zwecken entsprechende Beschaffung hinzuwirken.

# Eine neue amerikanische Partei.

## Ein Sozialisierungsprogramm.

Frankfurt a. M., 12. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach einer New Yorker Meldung der „Frankfurter Ztg.“ hat sich in New York eine neue Partei, die „American Party“, gebildet, der u. a. William Randolph Hearst angehört. Diese neue Partei wird den Schwerpunkt der Wahlkämpfe in die innere Politik verlegen, während die beiden großen Parteien internationale Fragen in den Vordergrund schieben. U. a. gehört zu ihrem Programm: Verstaatlichung der Transportunternehmen, Getreidevorräte, öffentliche Lagerhäuser, Oelröhrenlinien, Bergwerke, Wasserkraftanlagen und großen Forsten; hohe Besteuerung ungebauten Landes; gleiches Recht für alle ohne Rücksicht auf Geschlecht oder der Hautfarbe; Abstellung gewalttätiger Eingriffe bei Arbeiterstreiks, Wirtshaftlicher Arbeiter bei der Leitung großer Industrieanlagen und Ausbau der Befetzungsfrage. Es wird hinzugefügt: Welchen Einfluß diese dritte Partei in der gegenwärtigen Wahlkampagne ausüben wird, hängt zum großen Teil von der Haltung der Demokraten in der Getreidefrage und dem irischen Problem ab.

# Gegen die Lebensmittelteuerung.

## Protest der Gewerkschaften.

Die Erklärung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft in der Reichstagsitzung vom 2. Juli, wonach eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um 55 Proz. geplant sein soll, hat in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung lebhaften Beunruhigung hervorgerufen. Die beiden Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, haben sich deshalb gestern an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit einem dringlichen Schreiben gewandt und gegen die geplante weitere Belastung der Konsumenten Einspruch erhoben. Es wird u. a. darauf hingewiesen, daß bereits die gegenwärtigen hohen Lebensmittelpreise die Volksgesundheit aufs äußerste gefährdet haben. Die Gewerkschaften lehnen auch eine Regelung ab, wonach etwa eine Erhöhung der Erzeugerpreise ohne Steigerung der Kleinhandelspreise erfolgen soll, d. h. daß die Kosten für die Erhöhung der Erzeugerpreise vom Reich getragen werden. In letzter Linie würden auch hier die breiten Bevölkerungsschichten indirekt die Belastung zu tragen haben. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung die Absicht der Preissteigerung fallen läßt und mit dem von allen Seiten geforderten Abbau der Preise unerbittlich beginnt.

# Wilhelm unter Glas und Rahmen.

Erbanliches aus Frankfurter höheren Lehranstalten. Frankfurt a. M., 12. Juli (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die „Volkstimme“ veröffentlicht heute die Wiedergabe eines Dankbriefes des ehemaligen Kaisers auf eine Gratulation zu seinem Geburtstag an die Schülerinnen der höheren Elisabethenschule. Dieses Dankschreiben befindet sich dort in der Schulkasse unter Glas und Rahmen. Gleichzeitig veröffentlicht die „Volkstimme“ ein Schreiben von Kriegesbeschädigten aus der Klinger-Oberrealschule, worin sich Kriegesbeschädigte Schüler beschwerten, daß ihnen u. a. das Rauchen auf der Straße verboten worden ist. Ein Professor hielt über Ebert einen Vortrag, wobei er behauptete, daß Ebert bei einem seiner Städtebesuche Lortzen gefressen und Sekt getrunken hätte. Als Randbemerkung fügte er hinzu: „Dafür hat Ebert ja auch nicht studiert wie unsereiner.“ (Man sieht, mit welchem Erfolg auf seine Pamphlete der Herr Professor studiert hat!)

# Ein konservativer Ehrabschneider.

Das Treiben des Herrn v. Herzberg-Lottin. In welcher unanständiger und gewissenloser Weise gegen die sozialdemokratischen Landräte in Kommern seitens der Wahrgänger gehandelt wird, dafür bietet die Verleumdungskampagne des ultrareaktionären Herrn v. Herzberg-Lottin, des ehemaligen Beherrschers des Kreises Neustettin, und jeglichen ständigen Mitarbeiters der „Deutschen Zeitung“, gegen den dortigen Landrat, unseren Genossen Paffel, ein anschauliches Beispiel. Herr v. Herzberg-Lottin kann es nicht verkraften, daß sein Sohn als Landrat eingestellt wurde, und daß dessen Nachfolger, ein Herr v. Dammberg, über die Kapff-Affäre strachelte, um durch Genossen Paffel ersetzt zu werden.

Querst verlor Herr v. Herzberg es mit der Politik der Radikalität, um dem kommissarischen Landrat den Rufschalk zu verleiden. Da dieser sich hierum nicht kümmerte, kamen Drohbriefe, unwahre Berichte der Kreisparteileitung an das Ministerium, verleumderische Beschwerden, und als auch das alles nicht zu dem gewünschten Erfolge führte, forderte Herr v. Herzberg in einer von ihm einberufenen Versammlung der Guts- und Gemeindevorsteher zum Streik gegen den kommissarischen Landrat auf. Der Streik fiel glänzend ins Wasser, aber Herr v. Herzberg wurde wegen dieser Aufreizung von seinem Amte als Kreisdeputationsmitglied suspendiert.

Es mußte also etwas Neues fabriziert werden. Im Kreis Neustettin droht ein Landarbeiterstreik, weil die Großgrundbesitzer Tarifverhandlungen mit dem Landarbeiterverband strikte ablehnen. Der kommissarische Landrat Paffel erließ unter dem 5. Juli eine öffentliche Bekanntmachung, in der er unter Hinweis auf die Gefahr die Arbeitgeber auf die Folgen ihrer Halsstarrigkeit aufmerksam machte und wörtlich ausführt:

Sobald beiderseits Verhandlungen gewünscht werden, bin ich jederzeit zur Vermittlung usw. bereit. Ebenso hat sich der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Landesökonomierat Zürring, Neustettin, Schulstr. 11, zwecks Verhandlungen usw. zur Verfügung gestellt.

Dieses klare Vermittlungsangebot wagte Herr v. Herzberg-Lottin in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der landwirtschaftlichen Kreiskommission in einem Briefwechsel mit dem Landrat dahin unzulässig, daß er behauptete, Genosse Paffel würde den Streik der Landarbeiter, „er nehme das wahnsinnige Vorgehen des Landarbeiterverbandes unter behördlichen Schutz“. Die Beschwerden, die in der Forderung gipfelt, den Landrat Paffel schlemmst aus dem Amte zu entfernen, enthält den charakteristischen Satz:

Vom rein politischen Standpunkt können wir diesen angeklagten Ehrabschneider nur als befreiende Tat begrüßen. Das Kesseltreiben gegen den Landrat wird unterstützt durch die Methode der rein persönlichen Ver-

unglimpfung und Verleumdung, in der ja die deutschnationalen Meister sind. In der Neustettiner Lokalpresse erschien folgendes Inserat:

Der verprügelte kommissarische Landrat. Vor einiger Zeit hat Herr Paffel im Krügerischen Lokal in der Bismarckstraße, nachdem er mehreren Genossen eine Flasche Cognac spendiert hatte, von dem Güteragenten Baermann eine Tracht Prügel bekommen, weil er ihn beleidigt hatte. Herr Paffel ist wiederholt wegen Beleidigung mit Gefängnis bestraft und ist jetzt auch in einen üblichen Beleidigungsprozeß durch den Kaufmann Wilhelm Klüder in Stettin verwickelt. Wenn der Genosse Paffel wegen Beleidigung mit Gefängnis vorbestraft ist, so das noch heutigen Erbgrößen ja nur eine Empfehlung für einen Landratsposten, es erscheint aber doch für die heutigen Verhältnisse unzulässig, daß ein die Staatsautorität vertretender kommissarischer Landrat, selbst wenn er Genosse ist, in einem öffentlichen Lokal wegen unmanteligen Betragens verprügelt wird. Ich bringe dies deshalb zur öffentlichen Kenntnis, mit dem Anbitten, einen solchen Mann als Vorgesetzten fernert nicht anzuerkennen. Lottin, den 9. Juli 1920.

von Herzberg-Lottin. Die Behauptungen dieses Inserats sind erstunken und erlogen. Gleich darauf erließ der Güteragent Baermann folgende öffentliche Erklärung:

Es entspricht nicht der Wahrheit, daß ich den komm. Landrat Paffel im Krügerischen Lokal in der Bismarckstraße verprügelt hätte. Baermann, Güteragent in Neustettin.

Genosse Paffel selber veröffentlichte folgendes Gegeninserat:

Erklärung! Ich habe meine vorgesetzte Dienstbehörde ersucht, gegen den Ungehörigen von Herzberg-Lottin Strafantrag wegen verübmächtigter Beleidigung zu stellen, da er in der von Herzberg-Lottin mitgeteilte Vorfall eine von politischem Gesindel erfundene und verbreitete gemeine Lüge ist. Neustettin, den 10. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat. Paffel.

Es genügt, die konterbative Geh- und Verleumdungsmethode öffentlich anzuprangern. Wir sehen hier, mit welcher verzweifelt und krupelosen Mitteln die Wahrgänger um ihre Herrschaft in Ostpreußen kämpfen. Herr v. Herzberg-Lottin kann sich jedenfalls rühmen, durch sein Treiben die Erbitterung der Landarbeiter wie der Arbeiterschaft überhaupt im Kreise Neustettin gegen seine Gesellschaft auf den Siedepunkt getrieben zu haben.

# Die Ehrlichkeit der „Deutschen Tageszeitung“

## Russisch-deutsche Monarchisten-Solidarität.

Wer werden um Aufnahme folgender Erklärung gebeten: Die „Deutsche Tageszeitung“, hinter der in diesem Fall gewisse russisch-reaktionäre Kreise stehen, findet schon seit längerer Zeit Gefallen daran, die hier erscheinende russische Tageszeitung „Golos Rossii“ in niedrigster Weise anzuzureden und zu verleumden. Der „Golos Rossii“ steht auf demokratischem Standpunkte und vertritt alle die, die auf demokratischer Grundlage eine Wiedergeburt Russlands erstreben. Die Zeitung bekämpft demgemäß in entschiedener Weise die derzeitigen bolschewistischen Machthaber. Sie ist natürlich auch in Sowjetrußland verboten.

Trotzdem behauptet die „Deutsche Tageszeitung“, daß „Golos Rossii“ ein Organ des zurzeit in Deutschland weilenden Vertreters der Sowjetregierung Wigdor Kopp sei, zuletzt in der Nummer vom 9. Juli.

Wir stellen demgegenüber fest:

1. Weber der Herausgeber nach der Schriftleitung noch irgend eine in der Schriftleitung des Blattes tätige Person unterhalten irgendwelche Beziehung zu Herrn Kopp.
2. Herr Kopp hat keinen irgendwie gearteten Einfluß auf „Golos Rossii“.
3. Auch sonst steht die Zeitung in keinerlei Beziehung zu bolschewistischen Kreisen oder Persönlichkeiten.
4. Dasselbe gilt für die im gleichen Verlage erscheinende Wochenzeitschrift „Sibir“.

Die Bau der „Deutschen Tageszeitung“ und der hinter ihr stehenden russischen reaktionären Clique gegen „Golos Rossii“ erklärt sich daraus, daß „Golos Rossii“ seit jeher gegen monarchistisch-reaktionär-antifemische Putzbestrebungen in Rußland entschiedene Stellung genommen hat.

Redaktion und Verlag des „Golos Rossii“.

# Beendeter Steuerabzugstreik.

Leipzig, 12. Juli. In den Bergwerksrevieren von Beuthen, Raumburg, Meuselwitz und Borna ist, wie die Wäiter melden, nach einem Beschluß der Streikleitung und der freien Gewerkschaften heute der Ausstand auf allen Gruben für beendet erklärt worden. Man will durch eine Abordnung mit der Regierung über den Steuerabzug verhandeln, die Freitag abend die Bergleute soll in Bar verlangt werden.

# Mag auch das Reich zugrunde gehen...

Wie die „München-Augsburger Abendzeitung“ mitteilt, beschäftigt die Leitung der Einwohnerwehr Münchens eine Erklärung abzugeben, daß sie sich der Entwaffnung unter keinen Umständen fügen werde. Der Führer der bayerischen Einwohnerwehren, Dr. Eicherich, erklärte auf einen Bescheid, daß er in Berlin erklärt habe: „Nie und nimmer geben wir die Waffen her!“ Dies habe er auch einem englischen General gesagt. (Herr Eicherich wird natürlich auch an der Spitze einer Occidentalen Münchener Werkschüler die Entente aus dem Rußland herauswerfen, wenn sie einmarschiert!)

Finanzminister-Besprechung in Stuttgart. Die Finanzminister von Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Thüringen waren zu einer zweitägigen Besprechung in Stuttgart versammelt, die die Ausführung des Landesenergiegesetzes zum Gegenstand hatte. Außerdem wurden die finanziellen Fragen bezüglich des Überganges der Eisenbahn auf das Reich behandelt und auch die realistischen Verhältnisse der in die Reichsverwaltung übergetretenen Verkehrsbeamten erörtert.

Ein Namensmißbrauch. Auf Plakaten der Lützowjäger wurde zum Zweck einer großen öffentlichen Versammlung eingeladen, die die Rückgabe der verlorengegangenen deutschen Kolonien von der Entente fordern soll. Unter den Rednern wurde auch Genosse Professor Heinrich Cunow genannt. Wie dieser mitteilt, ist er irrtümlich als Redner genannt. Es ist zwar mit ihm über einen kurzen Vortrag verhandelt worden, doch hat er, obgleich er der Forderung der Rückgabe unserer früheren Kolonien zustimmt, aus Rücksicht auf den Stand der Verhandlungen in Spa abgesehen.



# Gewerkschaftsbewegung

## Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Hannover, 11. Juli 1920.

Im Volkshaus sind heute vormittag 9 Uhr die Vertreter des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands zusammengetreten. Anwesend sind 379 Delegierte, 15 Gauleiter, 6 Agitationsleiter von den verschiedenen Industriezweigen, 7 Vertreter des Hauptvorstandes, 1 Vertreter des Verbandsauschusses. Von ausländischen Bruderverbänden ist Dänemark und Schweden vertreten. Den Organisationen Belgiens, Hollands, Norwegens und Oesterreichs war es aus verschiedenen Gründen nicht möglich, Delegationen zu entsenden. Die Arbeitsgemeinschaft „Chemie“ vertritt Bruns-Berlin, den Bundesvorstand Knoll-Berlin.

Nach Eröffnung des Verbandstages durch den Vorsitzenden Breh erfolgen die Begrüßungsansprachen. In das Bureau werden drei Vorsitzende gewählt, wovon einer der Opposition angehört. Zu Schriftführern werden von der Opposition und von der Mehrheit je drei gewählt. Ferner erfolgt auch die Wahl zur Mandatprüfungskommission. Ein Antrag, den Gauleitern das Stimmrecht zu entziehen, wurde mit 254 gegen 188 Stimmen abgelehnt.

Einleitend bemerkt Breh, daß die Organisation am 29. Juni auf ihr 30jähriges Bestehen zurückblicken konnte. Hannover ist der Gründungsort, wir befinden uns also auf historischem Boden. Er wirft einen Rückblick auf die Entwicklung und die Kämpfe des Verbandes, besonders hebt er die ungeheuerlichen Polizeischikanen hervor. Wir haben aber ihrer gepottet und uns manchmal dießlich gefreut, wenn wir sie hinter sich führen konnten, so mit der Einreichung der Mitgliederlisten.

Wir zählen heute bereits über 700000 Mitglieder und sind zu einer Macht geworden. Dabei gehen wir mit Beharrlichkeit an die Kollegen, die auf dem Schlachtfelde geblieben sind. Mancher unserer Besten ist nicht mehr unter uns. (Die Delegierten erheben sich zu Ehren der Gefallenen und Verstorbenen von ihren Plätzen.) Breh führt weiter aus: Der Verbandstag tritt zusammen in einer ersten Zeit. Die schwersten Kämpfe liegen noch vor uns, aber wir sind schlagfertig und wollen uns noch mehr tüfen. Dazu soll das Verbandsparlament neue Waffen liefern.

Breh beschäftigt sich dann unter Hinweis auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht mit dem Streben, unserem Organisationsbereich größere Gebiete abzugrenzen, sowohl durch die Schaffung eines Rahmungs mittelverbandes, wie auch zur Schaffung einer Einheitsorganisation für die gesamte Baustoffindustrie, unter Einbeziehung der für uns zuständigen baustoffherstellenden Industriezweige, wie Ziegeleien, Zement- und Kalkwerke usw. Gegen diese vorgeschlagenen Beunruhigungen wollen wir uns wehren. Wir haben auch beim Bundesvorstand Einspruch erhoben. Wir müssen einmal wissen, ob die Jagd auf unser Agitationsgebiet aufhören wird. Bundesvorstand und Verbandsauschuß haben nun erklärt, daß sie Bestrebungen auf Auflösung von Teilen unseres Agitationsgebietes nur dann zustimmen werden, wenn mit dem Fabrikarbeiterverband eine Einigung erzielt wird. Der Bundesvorstand ist bereit, dem Fabrikarbeiterverband bei der Verteidigung seines Bestandes Hilfe zu leisten.

Der Verbandsvorstand hat an der Tagung zur Gründung eines Bundes sozialer Baubetriebe teilgenommen und ist bereit, sich mit 300000 M. zu beteiligen. Zum eigentlichen Bericht übergehend, führt Breh weiter aus: Bei unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit haben wir die wirtschaftliche Lage zu berücksichtigen. Das Jahr 1919 brachte gute Erfolge. Von 2884 Lohnbewegungen waren 2351 erfolgreich, 8 teilweise erfolgreich und nur 5 erfolglos. Für 697 318 Personen haben wir 11 751 132 M. Lohnmehrung pro Woche erreicht. Das ergibt auf das Jahr umgerechnet 611 069 904 M. Die erzielte Arbeitszeitverkürzung beträgt für 22 996 Personen 222 970 Stunden pro Woche. Am 31. Dezember 1919 waren in 5550 Betrieben 850 Tarifverträge abgeschlossen, die 498 564 Personen erfassen. Mit Rücksicht auf die Situation haben wir kurzfristige Verträge zum Abschluß gebracht und damit den Mitgliedern die Beweglichkeit gewährt. Die Verbandsfähigkeit ist Begleiterscheinung für den Sozialismus. Die volle Befreiung der kapitalistischen Ausbeutung mit allen ihren Ausstrahlungen ist Aufgabe anderer Faktoren.

Heber den Weg zum Ziel gehen allerdings die Meinungen auseinander. Einigkeit ist aber auf alle Fälle unerlässlich, wollen wir ans Ziel kommen. An dem politischen Streit über den Weg zum Ziel dürfen wir uns als gewerkschaftliche Organisation nicht beteiligen. Unserer Mitarbeit als Gewerkschaft ist es zu verdanken, daß heute die Macht des Unternehmertums wesentlich eingeschränkt ist. Das ist ein Sieg des gewerkschaftlichen Prinzips. Wir brauchen auch nicht zu streiten über den Begriff des unversicherten Klassenkampfes. Dieser Streit würde uns zerreißen und schwächen. Sabotage und passive Resistenz sind nicht unsere Kampfmittel, sie würden auch nicht zum Ziele führen. (Zwischenruf Reimanns: Edelburg, Partei und Gewerkschaften sind eins!)

Was Edelburg gelaßt hat, geht mich nichts an. Ich habe ihn nicht zu seinem Ausspruch ermächtigt, den er zudem in einer ganz anderen Zeit und unter ganz anderen Umständen getan hat. Heute würde er anders sprechen. Wir wollen unter Begegnung aber weiter streiten. Dazu liegt ein Entwurf zum Etat vor. Ferner ist dem Verbandstag ein Antrag unterbreitet, der die Anstellung eines Sekretärs für das Betriebsrätenwesen vorsieht.

In eine Debatte des Berichts wird nicht mehr eingetreten. Nachmittags findet keine Tagung statt. Morgen erfolgen die Berichterstattungen des Kassierers, des Ausschußvorsitzenden und des Redakteurs. Schluß: mittags 2 Uhr.

### Achtung! Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte und Obleute!

Am Dienstag, den 13., Donnerstag, den 15. und Freitag, den 16. d. M., finden für sämtliche Industrie- und Verkehrs-Gruppen Berlins

#### Gruppenversammlungen

statt, und zwar in folgenden Sälen:

- Gruppe II. Bau- und Steinindustrie: Donnerstag 7 Uhr, Andreas-Hellstraße.
- III. Bekleidungs- und Textilindustrie: Freitag 7 Uhr, Rappentier 19.
- IV. Chemische Industrie: Donnerstag 7 Uhr, Kommandantenstr. 88.

- Gruppe VI. Graphisches Gewerbe: Donnerstag 4 Uhr, Gewerkschaftshaus.
- VII. Holzindustrie: Dienstag 7 Uhr, Altem, Hasenbride.
- VIII. Gärtnerei und Landwirtschaft: Donnerstag 7 Uhr, Königsgraben 2.
- IX. Nahrungsmittel-Industrie: Freitag 6 Uhr, Landsberger Straße 81.
- X. Lederindustrie: Freitag 7 Uhr, Kommandantenstr. 88.
- XI. Metallindustrie: Freitag 7 Uhr, Pharusstraße, Müllerstraße 142.
- XII. Staatliche und Kommunale Behörden: Freitag 7 Uhr, Müllerstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 81.
- XIII. Verkehr: Freitag 6 Uhr, Alt-Berlin, Blumenstraße.

#### Tagesordnung:

1. Vortrag: Wirtschaftspolitik und Gewerkschaften. 2. Wahl der Organe.
- Zutritt nur mit Betriebsräte-Legitimationskarten der Berliner Gewerkschaftskommission und der Kassa sowie Mitgliedsbuch der Gewerkschaften.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.  
Kassa Dr. Ostertall Groß-Berlin.

### Der Tarifabschluß in den Annoncen-Expeditionen

befähigte am Montag noch einmal eine Versammlung der im Angestelltenverband des Buchhandels und Buch- und Zeitungsgewerbes organisierten Angestellten. Dem in der Angelegenheit gefällten Schiedspruch sollte nach dem Beschluß einer bereits Ende Juni abgehaltenen Versammlung leitens der Tarifkommission zugestimmt werden, jedoch waren damals eine ganze Reihe Bedenken geltend gemacht worden, die namentlich die Gehälter der jugendlichen Angestellten sowie der jüngeren Angestellten betrafen, welche qualifizierte Arbeiten verrichten.

Die nun Guizard am Montag der Versammlung berichtete, ist es durch direkte Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband gelungen, für die jugendlichen und die genannten jüngeren Angestellten noch einige Verbesserungen herauszuschlagen. Demnach sollen jugendliche Angestellte monatlich erhalten: Nach vollendetem 14. Lebensjahr 150 M., nach vollendetem 15. Lebensjahr 200 M., nach vollendetem 16. Lebensjahr 250 M. und nach vollendetem 17. Lebensjahr 300 M. Ferner wurde neu bestimmt: Angestellte der Gruppe A, die die Tätigkeit der Gruppe B ausüben, aber das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten auf die Höhe der Gruppe A 10 Proz. Zuschlag. Es handelt sich bei diesen Positionen wie bei allen anderen Gehaltspositionen des Tarifs um Monatsmindesteinkommen. Die Vertreter des Angestelltenverbandes des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes haben nun gemäß der Ende Juni erteilten Ermächtigung dem Tarifvertrag in seiner endgültigen Fassung zugestimmt. Der Manteltarif läuft bis zum 30. Juni 1921, während die festgelegten Gehaltsätze für die Zeit vom 1. Mai bis zum 31. August 1920 gelten. Folgende Resolution wurde nach lebhafter Debatte angenommen:

„Die Versammlung nimmt von der neuen Fassung des Tarifs Kenntnis und billigt das Verhalten der Tarifkommission und der Verbandsleitung.“

### Ausstand der Krefelder Samtscherer.

Wie aus Krefeld gemeldet wird, traten die dortigen Samtscherer in den Ausstand, weil ihnen die aus dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses zugesprochene zehnprozentige Lohnmehrung, die schon länger fällig ist, bisher noch nicht ausgezahlt wurde. Darauf haben die Fabrikanten, falls die Arbeiter die Arbeit nicht sofort wieder aufnehmen, mit der Aussperrung gedroht, so daß die Lage im dortigen Textilarbeitergewerbe eine kritische zu werden berichtigt.

### Der Herr Staatssekretär als Kapp-Prüfer.

Vom Zentralverband der Angestellten erhalten wir folgende Zuschrift:

Im Trennkörper für das feindliche Vermögen, einer Reichsbehörde, sollen sich nach uns gegebener Information in der Kapp-Prüfung des Schlichtungsausschusses zugesprochene zehnprozentige Lohnmehrung, die schon länger fällig ist, bisher noch nicht ausgezahlt wurde. Darauf haben die Fabrikanten, falls die Arbeiter die Arbeit nicht sofort wieder aufnehmen, mit der Aussperrung gedroht, so daß die Lage im dortigen Textilarbeitergewerbe eine kritische zu werden berichtigt.

Herr Müller lehnt ab und will selbst prüfen, wahrscheinlich so, daß man zunächst mit den Beschuldigten sich ins Benehmen setzt. Da auf diese Weise ja eine rechtliche Klärung zu erwarten ist, scheint uns ein weiterer Kommentar überflüssig zu sein.

Deutscher Müllerverband, GutsMuths-Section. Am Dienstag, den 13. Juli, vormittags 10 Uhr, im Vereinshaus: Wichtige Versammlung aller Vertrauensleute und Betriebsräte der Kassenzweige.

Deutscher Transportarbeiterverband, Kraftfahrer, Automobil-Schlepper, Hilfsarbeiter. Freitag, den 16. Juli, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Demonstrationen, Versammlung. Tagesordnung: Die traurige Lage im Automobilwesen. Stellungnahme zur Frage der Automobile und Betriebsstoffe.

Deutscher Metallarbeiterverband, Deutscher Transportarbeiterverband, Zentralverband der Angestellten. Sachgruppe 7 (Punktlöhne der Kauf-, Warenhäuser und Spezialgeschäfte): Funktionärerversammlung am 14. Juli, 7 Uhr, Dresdener Casino, Dresdener Str. 96. — Sachgruppe 11c (Holzrahmenfabrikation): Mitgliederversammlung 14. Juli, 5 1/2 Uhr, Verbandslokal. (Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.)

## Soziales.

### Heilverfahren, Fürsorge- und Heilstättenwesen.

Die Landesversicherungsanstalten der Invalidenversicherung sehen mit Recht in der Durchführung von Heilverfahren eine wichtige Aufgabe. Ausgaben für solche Zwecke können als produktive angesehen werden; denn ein erfolgreiches Heilverfahren kann große Summen von Ausgaben für Invalidenunterstützung ersparen. Welchen Umfang die Veräußerung der Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten auf diesen Gebiete haben, darüber gibt der Bericht über das Jahr 1918, der in einem Handbuche vom 2. Dezember 1919 bekanntgegeben und im Februarheft 1920 der „Mittelschen Nachrichten“ des Reichsversicherungsamts veröffentlicht ist, Auskunft. Ihm ist folgendes zu entnehmen:

Insgesamt wurden 114 207 Bekleiderte (1917: 98 741) mit einem Gesamtaufwande von 28 811 855 M. (1917: 22 389 894 M.) behandelt, darunter 45 192 Männer und 69 015 Frauen. Davon waren in ständiger Behandlung: wegen Lungen- oder Kebllopi-

tuberkulose 27 018 (1917: 25 660) wofür 16 921 301 M. (1917: 13 708 496 M.) ausgegeben wurden, wegen Lupus 228 mit einer Ausgabe von 98 070 M., wegen Knochen- oder Gelenktuberkulose 257 mit einer Ausgabe von 98 134 M. und wegen anderer Krankheitsfälle 22 007 (1917: 18 218), die 7 859 841 M. (1917: 5 817 629 M.) Ausgaben verursachten. Unter den letzteren waren 67 Krebs-, 1851 Geschlechtskrankheiten und 11 Trunkstüchtige. Nichtständig sind 1029 Lungen- oder Keblloptuberkulose und 63 698 andere Kranke (darunter wegen Zahnkrankheiten 60 861, (1917: 53 488) behandelt worden, wofür bei den ersteren 81 089 M., bei den letzteren 4 238 880 M. Ausgaben erforderlich waren. Von den 28 811 855 M. Gesamtaufwande sind 6 778 318 M. durch andere Versicherungsträger, Gemeinden usw. ersetzt worden, so daß die eigene Ausgabe für die Heilbehandlung 22 033 539 M. (1917: 17 456 893 M.) betrug. In 22 Jahren, von 1897—1918, sind im ganzen 1 678 807 Versicherte, darunter 630 534 wegen Lungen- oder Keblloptuberkulose, mit einem Gesamtaufwande von rund 300 Millionen Mark in Heilbehandlung genommen.

Heilerfolge wurden 1918 erzielt bei sicher nachgewiesener Lungen- oder Keblloptuberkulose in 85 Proz., bei Knochen- oder Gelenktuberkulose in 58 Proz., bei Lungen- oder Keblloptuberkulose, Tuberkulose und anderen Krankheiten in 91 Proz. der behandelten Fälle.

Für allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung wurden ohne Berücksichtigung der durch den Krieg veranlaßten besonderen Ausgaben insgesamt 8 261 966 M. ausgegeben (1917: 2 808 859 M.). Diese Summe verteilt sich auf folgende Gebiete: Gemeindefürsorge 490 103 M. (darunter die Landesversicherungsanstalt Schlesien mit 120 892 M.), Errichtung von Heilstätten 27 909 M., Errichtung und Unterhalten von Waldheilstätten 42 806 M. (darunter Berlin mit 10 000 M.), Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke 1 085 114 M. (darunter Berlin mit 451 928 M.), Errichtung von Wohnungen 2081 M. (davon Berlin 1671 M.), sonstige Zwecke zur Bekämpfung der Tuberkulose 735 730 M. (darunter GutsMuths-Section mit 298 415 M.), Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs 59 804 M., desgleichen der Geschlechtskrankheiten 884 018 M., desgleichen des Lupus 7880 M., desgleichen der Krebskrankheit 3128 M. und sonstige Zwecke 498 831 M.

Zur Bekämpfung der infolge des Krieges drohenden gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schädigungen der Bevölkerung wurden die Versicherungsanstalten 1918 insgesamt 12 164 101 M. auf. Für diese Kriegswohlfahrtspflege sind von 1914 bis 1918 von den Versicherungsanstalten insgesamt 71 592 765 M. ausgegeben worden. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung kommen dazu noch 5 516 898 M. im Jahre 1919, so daß die Gesamtausgaben für diesen Zweck rund 77 Millionen Mark betragen. Für Kinderfürsorge gaben die Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten in 1918 insgesamt 2 454 609 M. aus. Davon entfielen 318 726 M. auf die Fürsorge für werdende Mütter und Säuglinge (davon Rheinprovinz allein 158 700 M., wogegen Brandenburg nur 25 050 M. und Berlin nichts aufweist), auf die Fürsorge für die Unterbringung von 6818 Kindern in Heilstätten, Waldheilstätten, Lungenheilstätten, Krankenhäusern, Wädern usw. 802 787 M. (davon Hansestädte 298 885 M., Rheinprovinz 255 171 M., Berlin 84 863 M., Brandenburg 1413 M.), auf Zuschüsse an Gemeinden, Vereine usw. für Kindergärten, Schulgesundheitspflege, Landaufenthalte usw. 697 845 M. (davon Westfalen 158 428 M., Rheinprovinz 137 116 M., Thüringen 128 614 M., Berlin 69 298 M., letzteres als Zuschuß an Versicherte), Fürsorge für 1268 tuberkulose oder tuberkulosebedrohte Waisenkinder 851 495 M. (davon Hansestädte 254 657 M.), und Unterbringung in Waisenhäusern, Erziehungsanstalten, Kinderheimen, bei Familien auf dem Lande usw. für 599 Kinder 288 839 M. An der unmittelbaren Fürsorge der Landesversicherungsanstalten für insgesamt 6818 Kinder waren hauptsächlich beteiligt: Rheinprovinz mit 1850, Hessen mit 1436, Berlin mit 1412 und Hansestädte mit 972 Kindern.

Von der weiteren Fürsorge der Landesversicherungsanstalten ist noch zu erwähnen, daß auf ihre Kosten 1918: 1180 (1917: 1867) Lungentuberkulose-Rentenempfänger in geeigneten Anstalten verpflegt wurden, davon kommen die meisten auf Rheinprovinz (872), Schlesien (208), Westfalen (175) und Hessen (100).

Von den Heilstätten und Genesungsheimen der Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten waren am 31. Dezember 1919 noch 11, die 741 Betten enthielten, mit verwundeten oder kranken Militärspersonen belegt. Die Heilstätten hatten unter den Schwierigkeiten der Versorgung mit Kohlen zu leiden. Wetterbeeinträchtigungen konnten im Berichtsjahre (1918) jedoch vermieden werden, drohten aber besonders bei den Weiblicher Anstalten so ernstlich, daß diese Gefahr nur noch im letzten Augenblicke durch Pflanzung von Heilstätten mit dem Reichsversicherungsamt mit dem Reichskohlenkommissar abgewendet werden konnte.

### Verwendung von Vermögensbeständen der sozialen Versicherung zu gemeinnützigen Zwecken.

Das Vermögen der Träger der Invaliditäts-, Hinterbliebenen- und Altersversicherung wird zu einem großen Teile zu gemeinnützigen Zwecken darlehensweise hergegeben. Ende 1918 waren dafür 14 758 864 805 M. verwendet, welcher Betrag sich 1919 noch um 14 102 929 M. vermehrte, so daß er Ende 1919 auf 14 899 793 734 M. angewachsen war. Hieron sind für die Arbeiterwohnschaftsfürsorge 675 899 877 M., und zwar 548 872 040 M. zum Bau von Arbeiterfamilienwohnschaften und 26 727 837 M. zum Bau von Bediensteten (Holzleuten, Heubauern, Geselethäusern usw.) hergegeben worden. Zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedarfes für Bodenverbesserung, Ent- und Bewässerung, Moorkultur, Aufforstung, Wegebau, Kleinbahnen, Hedung der Viehzucht, Einberung der Futtermittel usw.) wurden 184 534 791 M. ausgeliehen. Die Darlehen für Sozialwirtschaftlichen Zwecken betragen 682 933 201 M., wovon entfallen: auf den Bau von Kranken- und Genesungshäusern, Volkshäusern, Invaliden- und Erholungsheimen, Siedlungshäusern und für Kranken- und Invalidenpflege überhaupt 145 961 278 M., zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere für den Bau von Volkshäusern, Schlachthäusern, Wasserleitungen, Kanalisationen, Friedhöfen 199 307 008 M., für Erziehung und Unterricht, Hedung der Volkshildung 99 217 825 M. und für sonstige Wohlfahrtszwecke 238 857 595 M. Für eigene Anstalten (Kranken- häuser, Heilstätten, Lungenheilstätten, Erholungs- und Genesungsheime, Invalidenhäuser usw.) wurden 96 899 364 M. aufgenommen.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Glade, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Teubner-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Druckstr. 3. Blatt 1. Blatt.

